

Akademiegespräche im Landtag

Armin Nassehi

**Misstrauendes Volk –
unverstandene Politik**

Wie gefährdet ist unsere Demokratie?



**Bayerischer
Landtag**

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Prof. Dr. Armin Nassehi (Jahrgang 1960) studierte Erziehungswissenschaften, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Münster und Hagen. Nach der Promotion (1992) und Habilitation (1994) wurde er 1998 auf den Lehrstuhl I für Soziologie an der Universität München berufen. Seit 2001 ist Nassehi geschäftsführender Herausgeber der renommierten Fachzeitschrift „Soziale Welt“. Einer seiner Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegt neben der Kultur- und Wissenssoziologie auf der Politischen Soziologie. Er greift in seinen Veröffentlichungen und Vorträgen zahlreiche gesellschaftliche Probleme auf, die er wissenschaftlich fundiert, aber verständlich einer breiten Öffentlichkeit nahebringt.

**Akademiegespräche
im Bayerischen Landtag**

**Prof. Dr. Armin Nassehi
Lehrstuhl für Soziologie
Ludwig-Maximilians-Universität München**

**Misstrauendes Volk – unverstandene Politik.
Wie gefährdet ist unsere Demokratie?**

Veranstaltung vom 10. März 2015

Inhalt	Seite
Grußwort Barbara Stamm Präsidentin des Bayerischen Landtags	7
Grußwort Johann Böhm Präsident des Bayerischen Landtags a.D.	11
Grußwort Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter Ehem. Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	15
Einführung Prof. Dr. Ursula Münch Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	21
Vortrag Prof. Dr. Armin Nassehi Ludwig-Maximilians-Universität München	29
Auszüge aus der Diskussion	37
Fotos der Veranstaltung	57



Grußwort von Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

mit einem herzlichen Dankeschön an die Musikgruppe „Stimmband“ darf ich Sie alle heute Abend sehr herzlich begrüßen. Ich tue das natürlich auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen aus dem Bayerischen Landtag. Sie sind dann nachher alle auch erkennbar – sie tragen ihr Namensschild mit sich, so dass Sie dann leicht miteinander ins Gespräch kommen können.

Ich freue mich, dass der Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Herr Kollege Meyer, der heute auch die Fraktion der FREIEN WÄHLER vertritt, Sie alle mit mir zusammen begrüßen kann.

Stellvertretend begrüße ich natürlich auch die Vertreter der Fraktionen: den stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Freller, sowie den Kollegen Halbleib, den stellvertretenden Vorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion.

Erlauben Sie mir, dass ich jetzt vor allen Dingen die Gäste begrüße, die drüben im Plenarsaal sind: Ich darf Ihnen auch sagen, dass wir uns freuen, wenn wir nachher miteinander ins Gespräch kommen können.

Es ist heute ein besonderer Abend für uns. Wer feiert nicht gerne Jubiläen und wer ist nicht auch gerne zu ganz besonderen Anlässen zusammen? Wir feiern heute zusammen mit der Akademie für Politische Bildung das 50. Akademiegespräch, und das ist ein wunderbarer Anlass. Es ist eine Premiere für uns und für Sie.

Ich heiÙe den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, Herrn Peter Küspert, herzlich willkommen; schön, dass Sie heute Abend bei uns sind. Ich darf weiterhin begruÙen den 2. Vizepräsidenten des Kantonsrats in Zürich, Herrn Rolf Steiner – die Zusammenarbeit zwischen uns ist immer gut. Dann freue ich mich natürlich ganz besonders, dass die ehemalige Staatsministerin und jetzige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Frau Professor Ursula Mannle, heute Abend hier ist – herzlich willkommen. Ebenso ein herzlicher GruÙ an die ehemaligen Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch und Herrn Martin Zeil. Willkommen bei uns.

Ich danke unserem Amtschef Herrn Peter Worm und mit ihm auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreichen Vor- und Nachbereitungen. Ein herzlicher WillkommensgruÙ gilt auch den Damen und Herren der Ministerien und Behörden, den Vertretern des Konsularischen Korps, der Gerichte, der Universitäten, Hochschulen und Akademien, der Verlage, der Vereine und Verbände. Ein herzlicher GruÙ auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Medien. Und nun darf ich zu denjenigen kommen, die an der Jubiläumsveranstaltung aktiv mitwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begruÙe heute die „Väter“ des Akademiegespraches. Einen ganz herzlichen GruÙ und Dank an den früheren Landtagspräsidenten Johann Böhm und den ehemaligen Leiter der Politischen Akademie Tutzing, Herrn Professor Heinrich Oberreuter. Herzlich willkommen an Sie beide – Sie werden uns ja nachher berichten, wie es zu dem Ganzen gekommen ist, wie es sich entwickelt hat, und vielleicht erfahren wir dann heute Abend noch manches, was wir vielleicht bisher nicht so wussten oder auch nicht mehr so genau in Erinnerung haben. Und liebe Frau Oberreuter, Sie sind heute da – Danke! Sie schenken uns Ihren Abend; Sie haben heute Geburtstag. Ganz, ganz herzlichen Glückwunsch! Und natürlich ganz herzlich willkommen heiÙe ich die jetzige Direktorin der Akademie, Frau Professor Ursula Münch – es ist eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen, eine gute Fortführung. Dafür danke ich Ihnen; Sie werden uns die Gäste zum Thema des heutigen Abends noch vorstellen.

Sie erlauben mir, dass ich auch ein herzliches Dankeschön sage an ARD-alpha, die diese Jubiläumsveranstaltung heute aufzeichnen und am Samstag, dem 21. März, um 22.30 Uhr im Rahmen der Reihe „Denkzeit“ ausstrahlen. Ganz herzlichen Dank an Herrn Neumann, den Regisseur des heutigen Abends, und vor allen Dingen an die Damen und Herren des Teams – wunderbar, dass Sie da sind und unseren Veranstaltungen und unseren Gesprächen mit der Akademie so viel Aufmerksamkeit schenken. Das empfinden wir nicht als eine Selbstverständlichkeit

– sagen Sie das bitte auch Ihrem Chef, Herrn Reuß. Es ist für uns sehr wichtig, dass, wenn wir im Parlament die Türen öffnen, das auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen entsprechend beachtet und aufgenommen wird. Herzlichen Dank an das Team.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 19 Jahren wurde das Kind Akademiegespräche aus der Taufe gehoben. Ich meine, eine bessere Entscheidung hätte damals nicht getroffen werden können. Der Landtag hat die Türen für politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger geöffnet und damit ein Informations- und Diskussionsforum geschaffen. Das war damals nicht so selbstverständlich wie heute. Für die Akademie war es eine großartige Chance, hier im Parlament, im Herzstück der Demokratie, politische Bildung auf höchstem Niveau zu gestalten. Bei dieser Konstellation, die sich nun über all die Jahre bewährt hat, gibt es nur Gewinner: nämlich die Bürgerinnen und Bürger, die Politik, aber vor allen Dingen auch die Bildung. Zunächst unter der Leitung von Professor Heinrich Oberreuter und seit Oktober 2011 von Professorin Ursula Münch haben sich viele Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auf dieser Plattform geäußert und leidenschaftlich diskutiert. Ein Blick auf die Themenliste ist wie eine rasante Zeitreise durch die Entwicklung und Herausforderungen der letzten zwei Jahrzehnte auf dieser Welt. Von der Globalisierung über Polens Zukunft in Europa, über den Versuch einer Bilanz zu den 1968ern, den Euro, einer menschenwürdigen Wirtschaftsordnung bis hin zur griechischen Krise – die Vielfalt ist beeindruckend. Wir konnten große Persönlichkeiten hier begrüßen: Joachim Gauck im Jahr 1997, Lech Walesa 1999, Professor Udo Di Fabio 2006 oder Botschafter Avi Primor 2008.

Meine Damen und Herren, anlässlich dieses besonderen Jubiläums habe ich zwei gute Nachrichten für Sie: einmal, dass wir in dieser bewährten Qualität weitermachen. Denn auch heute Abend haben wir interessierte Gäste und interessante Referenten bei uns, die uns vieles mit auf den Weg geben werden. Das zweite, was ich anmerken möchte: Ein Jubiläum zu feiern ist nur schön, wenn man es mit vielen wunderbaren Menschen feiern kann – und das sind Sie heute Abend. Alle, die schon öfters da waren, wissen es ja bereits: Nach einem fachkundigen Abend, an dem wir uns weitergebildet haben, an dem wir Demokratie und Recht und Zukunft gestärkt, die Würde des Menschen auch immer wieder in den Mittelpunkt gestellt haben – an einem solchen Abend möchten wir Begegnungen ermöglichen. Dementsprechend wird es nach der Diskussion die Gelegenheit zum Gespräch bei einem Glas Frankenwein geben, denn das gehört mit dazu und das werden wir auch in der Zukunft beibehalten.

Das Jubiläumsprogramm, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht nun weiter und zwar mit den beiden Vätern des Akademiegespräches: mit dem ehemaligen Landtagspräsidenten, mit Dir, lieber Kollege Johann Böhm, und mit dem ehemaligen Direktor der Akademie für Politische Bildung, Herrn Professor Heinrich Oberreuter. Lieber Hans Böhm, ich darf das jetzt so sagen: Du hast das Wort und wir freuen uns darauf. – Danke und seien Sie uns alle herzlich willkommen.



**Grußwort von Johann Böhm,
Präsident des Bayerischen Landtags a.D.**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Barbara,
verehrte Frau Professor Münch,
meine sehr geehrten Damen, meine Herren,
lieber Mitvater Heinrich Oberreuter.

Extra bavariam non est vita – wir hören diesen Satz in Bayern ganz gerne und gehen davon aus, dass das wahre Leben nur in Bayern zu finden ist. Selbstverständlich räumen wir ein, dass es sich auch anderswo leben lässt, aber *si est vita non est ita*, nicht so wohligh wie bei uns. Im Landtag, in der bayerischen Volksvertretung gestalten wir dieses bayerische Leben. Hier werden die entscheidenden Weichen dafür gestellt, dass Bayern Heimat bleibt, und diese Aufgabe nimmt uns natürlich voll in Anspruch. Warum sollen wir uns groß um das kümmern, was anderswo geschieht? Aus „mir san mir“ wird natürlich leicht: „Wir genügen uns.“

Als einer, der am nördlichsten Rand Bayerns zu Hause ist und immer wieder über den bayerischen Zaun blickt, wusste ich, dass auch im benachbarten Hessen und Thüringen erträgliches Leben möglich ist, aber als ich im Sommer 1992 Bevollmächtigter Bayerns beim Bund und bei der EU wurde, stellte ich doch mit einer gewissen Überraschung fest, dass die Musik nicht nur in Bayern spielt. Da nun einmal mein Blick hinaus in die Weite geöffnet war, wurde mir schnell gewahr, dass es auch außerhalb der Politik, außerhalb des Abgeordnetenmilieus Schönes und Wichtiges zu entdecken gibt. Arbeit gibt es genug im Parlament, man verliert sich leicht darin und geht mitunter darin sogar auf. Das Tagesgeschäft sowohl im Parlament als auch im Stimmkreis verdeckt den Blick auf das, was außerhalb des Politikbetriebes abläuft. Deswegen lag mir als Präsident immer daran, uns nicht einzuigeln, die Fenster zu öffnen, frische Luft hereinzulassen und die Aufmerksamkeit auch nach außen zu lenken.

Bevor ich das Präsidentenamt im Landtag übernahm, gab es im Landtag eine Matinee-Reihe mit Vorträgen aus verschiedenen Wissens- und Kulturbereichen. Die Vorträge fanden allerdings immer an Sonntagvormittagen statt, sie endeten mit einem Mittagessen. Das war ein lohnendes Ziel für viele Münchner. Abgeordnete – es sei denn, sie haben in München gewohnt – hatten kaum Gelegenheit, daran teilzunehmen. Deshalb legte ich Wert darauf, dass aus der Matinee-Veranstaltung eine Soiree-Veranstaltung würde. Es sollten ja nicht nur Gäste von auswärts erreicht werden, es sollten vor allem die Abgeordneten teilnehmen können, die während der Woche in München tätig waren. Deswegen schien die Entscheidung angeraten: weg von den Sonntagvormittagen, hin zu den Werktagabenden. Die Abgeordneten gewannen damit die Möglichkeit, häufiger und in größerer Zahl das Vortragsangebot zu nutzen. Interessante Themen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kunst kamen zur Sprache und fachkompetente Referenten waren zu hören. Frau Professor Münch war eine von ihnen. Die Reihe lief gut. Sollte man das Angebot noch erweitern, etwa um eine zweite Vortragsreihe, bei der die Themen und Referenten nicht vom Landtag selbst gesucht, sondern von außen angeboten werden sollten?

Professor Oberreuter hatte, wie ich erfuhr, einmal beim Landtag informell nachgefragt, ob dieser nicht in gemeinsamer Trägerschaft mit der Akademie für Politische Bildung ein ergänzendes beziehungsweise erweitertes Angebot an Vorträgen bringen wolle. Im Landtagsamt war man der Meinung: Was wir bisher anbieten, das ist gut, und wir belassen es bei dem, was wir haben. Der damalige Pressesprecher des Landtags, Kurt Müller, erfuhr kurz darauf in einem Gespräch von Heinrich Oberreuter von dieser ablehnenden Haltung. Er fand diese Zurückhaltung des Amtes weniger gut und deshalb informierte er mich über Professor Oberreuters Angebot und meinte, der Sache sollte man doch nähertreten. Er stieß bei mir auf offene Ohren; ich sagte also zu. Dafür sah ich eine Reihe von guten Gründen: Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kooperierte schon lange mit dem Landtag, veranstaltete Seminare für Lehrer, in deren Rahmen die Teilnehmer mit der parlamentarischen Praxis vertraut gemacht wurden. Zu diesem Zweck kamen sie in den Landtag, verfolgten die Debatten und führten Gespräche mit den Abgeordneten. Sie nahmen Erfahrungen aus dem Alltag des Parlaments mit nach Hause.

Die Akademie für Politische Bildung, die weniger politische Handreichung für Lehrer und Schüler vermittelt, sondern die großen politischen und geistigen Strömungen verfolgt und analysiert, die war viel weniger in die Arbeit des Landtags eingebunden – und dabei war sie eigentlich ein Kind dieses Parlaments. Sie wurde seinerzeit durch den Landtag initiiert, gewissermaßen als überparteiliches Pendant.

Aus meiner Sicht bot sich die Akademie als Kooperationspartner geradezu zwingend an. Die Zusammenarbeit mit ihr ließ zudem für beide Seiten Vorteile erwarten. Der Landtag musste sich nicht um Themen und Referenten kümmern und hatte mit den Vorträgen eine gute Außenwirkung. Die Akademie wiederum fand im Landtag ein Forum, von dem aus sie mehr Adressaten erreichen und öffentlich wirksamer arbeiten konnte, als wenn sie die Vorträge in Tutzing abgehalten hätte.

Die Reihe dieser Akademiegespräche, wie sie dann benannt wurden, begann als die kleine Reihe neben der großen Soiree-Reihe. Sie beanspruchte anfangs auch nicht den Senatssaal, sondern begnügte sich mit dem Vortragssaal im Neubau Nord. Aber bald sprengte sie den Rahmen; sie fand so viele Zuhörer, dass man ihr den Senatssaal öffnen musste. Und die Themenwahl zeigte viel Gespür – wir haben es schon gehört – für die Entwicklungen in der Welt.

Professor Walter, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, eröffnete 1996 die Reihe. Er sprach über Globalisierung und das Ende der nationalen Wirtschaftspolitik. Man war – wie man jetzt feststellen konnte – mit diesem Thema auf der richtigen Spur. Genau wie mit dem zweiten Referenten, Professor Vladimir Kotov: Er analysierte damals die sehr unklaren Machtverhältnisse in Russland und das Thema Russland. Speziell die Person Putins tauchte immer wieder auf, fast viermal. Unter den Referenten war auch Professor Leonhard. Die Entwicklung des Islam zog ebenso eine Spur durch die Vortragsreihe mit den Referenten Professor Steinbach – der zweimal da war – und Professor Khoury.

Was passiert in der Welt? Was kommt Neues auf uns zu? Wie bewältigen wir das? Das waren die Fragen. Und so schien wichtig, dass sich die Politiker auch im Land damit beschäftigen. Aber auch selbstkritische Fragen, die sich die politischen Akteure stellen müssen, wurden erörtert: Bringen sie Zivilcourage auf gegen Political Correctness? Darüber sprach Klaus von Dohnanyi. Heute – beim 50. Vortrag – geht es wieder um Entscheidendes: Um das Verhältnis zwischen einem misstrauischen Volk und der unverstandenen Politik. Liegt es am Volk oder liegt es an der Politik, dass beide auseinandertriften, dass Bürger nicht mehr zur Wahl gehen? Hans-Ulrich Jörges hat vor wenigen Tagen geschrieben: „Die Ohne-mich-Demokratie hat in der politischen Klasse nicht etwa Nachdenken über eigenes Versagen ausgelöst, sondern nur kosmetische Manöver.“ Er wusste noch nichts von der heutigen Veranstaltung. Hier soll es ja anders laufen und es wird sich hoffentlich zeigen, wie man über die bloße Kosmetik hinaus näher zu einer Lösung kommen kann.



**Grußwort von Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter,
ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Lieber Co-Vater,
liebe Töchter,
meine verehrten Präsidentinnen und Präsidenten,
Direktorinnen und Direktoren,
Abgeordnete
und „normale“ Damen und Herren.

Über die Entstehungsgeschichte ist alles gesagt. Ich könnte sie noch pragmatischer beschreiben, nämlich als den Ansatz: Wie suchte der Bayerische Landtag für einen kleinen Vortragssaal, mit dem er so viel nicht anzufangen wusste, eine adäquate Veranstaltung? – Dies wäre sozusagen die ganz nüchterne Beschreibung der zweiten Stufe der Anfangsüberlegung, die ich aber nur deswegen hier vermittele, weil ich darauf aufmerksam machen möchte, dass Co-Vater Böhm, dass der vorhin schon genannte Herr Müller – und auch Herrn Hasler will ich nicht vergessen –, dass wir eigentlich ganz unpräntiös an die Sache herangegangen sind. Selbst wenn man sich das erste Landtagsgespräch anschaut, ist kein großes theoretisches oder bildungspolitisches Brimborium um unser Unterfangen gemacht worden. Unsere spezifische Aufgabe scheint mir zu sein – habe ich damals gesagt –, zur Aufklärung und zur Rationalität beizutragen. In einem öffentlichen Klima, das von Stimmungen und Ängsten beherrscht wird, gedeihen keine vernünftigen Diskussionen, und es gedeihen auch keine Problemlösungsstrategien; und bei der bei uns üblichen Art der Politikvermittlung hat es die Stimme der Vernunft zunehmend schwer, sich Gehör zu verschaffen. Zugespitzte Argumente haben es erheblich leichter. Ich bin mir nicht sicher, ob man den Ansatz für unser Unternehmen heute anders formulieren müsste, als ich es damals getan habe.

Meine Damen und Herren, wir leben in einer Gesellschaft, in der es die Freiheit der Gedanken gibt und die Freiheit, sie auch auszusprechen, also auch das Recht, Unsinn zu reden, Unsinn zu denken und Unsinn zu wählen. Und es mag befremdlich klingen, ist aber doch banal: Der Grundrechtsschutz untersagt es dem Staat, Qualitäten von Meinungen zu bewerten, er gewährleistet vielmehr ihre öffentliche Äußerung. Das ist ein Ansatz für eine kommunikative Demokratie, wie ich sie gerne nenne. Die Meinungsfreiheit, heißt es beim Bundesverfassungsgericht, ist für die freiheitliche Demokratie schlechthin konstituierend, und so ist die Erwartung vielleicht verständlich, diese Freiheit möge informiert und rational ausgeübt werden – das wäre das Motto unserer Gesprächsreihe.

Gleichwohl ist diese Erwartung oft genug – wir wissen es alle – eitel und der Rationalität stiftende Diskurs ist, gelinde gesagt, bis auf den heutigen Tag notwendig. Kommunikation ist der Kitt, der ein zuträgliches Maß gesellschaftlicher Integration bewirkt, der, ich habe es angedeutet, auch die Selbstentfaltung des Individuums ermöglicht. Dass Kommunikationskrisen Politikkrisen bewirken können, ist auch kein brandneuer Gedanke. Gerade die Demokratie beruht auf aktueller Legitimitätsgewinnung durch Kommunikation. Wie soll auch ohne dies Vertrauen gewonnen werden?

Wir erleben den Verfall dieses Vertrauens seit zwei Jahrzehnten in allen liberalen Demokratien, nicht zuletzt in Europa mit spezifischem rechten und linken Populismus, mit Resonanzen im Parteiensystem in weit größerem Umfang, als es bei uns der Fall ist: Frankreich, Österreich, Belgien, Niederlande, Dänemark, England, Italien, Griechenland, um nur die wichtigsten zu benennen. Zynismus und Verachtung gegenüber der politischen Elite *within the beltway*, innerhalb des Washingtoner Autobahnzirkels, sind seit zwei Jahrzehnten auch für die Vereinigte-Staaten-Demokratie typisch geworden. Entsprechende zynische Einstellungen kennen wir auch hierzulande. Enttäuschungen sind provoziert durch grundlegende Verständniskrisen, durch grundlegende Veränderung der Politik, zunehmende Komplexität, Internationalisierung, Globalisierung, ihre Euro- und Finanzkrise, Systemumbrüche – und durch die damit verbundenen Erklärungsdefizite.

Meine Damen und Herren, nichts davon ist absolut neu. Wer sich ein bisschen mit der politischen Bildungsdiskussion und mit der Systemdiskussion auskennt, weiß, dass wir im Grunde seit den späten Sechzigerjahren von der wachsenden Komplexität und Kompliziertheit der politischen Problemstellungen reden und von den Schwierigkeiten des politischen Personals und auch der Öffentlichkeit, damit angemessen umzugehen. Übrigens nicht neu ist auch das Schlagwort von der Politikverdrossenheit. Ich habe eine Publikation dazu dabei, die stammt aus

dem Jahre 1993. Ich bin aber schon ein etwas älter gewordener Großvater der Zeitgeschichte – wenn wir im Bild bleiben wollen – und ich weiß, dass wir über Politikverdrossenheit reden, seit wir uns mit politischer Bildung beschäftigen, also weit über 1993 hinaus.

Wir reden also im Grunde von durchgehaltenen Kommunikations- und Verständnisdefiziten über die Jahrzehnte, von Defiziten, aus denen Antibewegungen, Antiparteien und Antistimmungen Nutzen gezogen haben. Was in jüngster Zeit ausgebrochen ist, ist keineswegs neu. Neu sind aus meiner Sicht die kritischen Artikulations- und Organisationsbereitschaften. Das kritische Bild von den Eliten innerhalb des Washingtoner Autobahnzirkels gilt im Grunde auch für uns, wenn ich an die Beschwörung der Bonner und der Berliner Käseglöcke denke und die Konflikte, die es psychologisch gibt zwischen denen, die in, und denen, die out sind, und denen, die unten, und denen, die oben sind.

Wenn wir das mal auf den Kern bringen, würde ich sagen: Im Augenblick haben wir eine Systemkrise ähnlich wie '68 fortfolgende, aber ohne die dahinterliegende Ideologie – eine Akzeptanzkrise in weiten Kreisen unserer Bevölkerung. Mit denen zu reden, halte ich für notwendig, denn bevor der Furor – schrieb die FAZ jüngst – auf die Straße drängte, hatte er sich in den Medien und vor allen Dingen online längst artikuliert: simplifizierend, diffamierend, aber Sorgen und Ängste von Bürgern aufgreifend, welche die Politik weithin ignorierte, die sich gelegentlich auch als alternativlos und erklärungs-schwach dargeboten hat. Von Jürgen Kaube (FAZ) drängt sich mir ein Artikel ins Gedächtnis: „Die Kanzlerin hat geredet – aber was hat sie gesagt?“ Ich bin gerne bereit, diese Aussage überparteilich umzuformulieren. Aber sie zeigt uns ein Defizit auf, wegen dem es wichtig ist, Veranstaltungen wie diese gehabt zu haben und auch in Zukunft zu haben.

Meine Damen und Herren, die Radikalen demaskieren, die Besorgten und Enttäuschten informieren, das ist die Aufgabe politischer Führung und auch die Aufgabe politischer Bildung angesichts der Bewegungen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben. Und wenn ich diese Bemerkung einflechten darf: Herr Richter von der Landeszentrale für politische Bildung verdient für seine kommunikativen Bemühungen mehr Respekt als diejenigen, die gesagt haben: Mit denen reden wir nicht. Mir kommt ein Buch von Schorlemmer ins Gedächtnis, über die revolutionäre Situation damals geschrieben: „Worte öffnen Fäuste“. Der gleiche Autor hat in dieser Situation formuliert, man muss nicht mit jedem Idioten reden.

Meine Damen und Herren, auch diese Idioten gehören zum Volk, und ich gehe davon aus, dass auch diese Idioten, wenn man sie so bezeichnen will, einen

Anspruch auf ein aufklärendes Argument haben, auf einen aufklärenden Diskurs und auf die Tugend, auch die ernst zu nehmen, deren Argumenten man nicht folgen kann. Daran zu arbeiten, dass deren Argumente vielleicht schwächer werden, dass jene, die bei den Demonstrationen einen *cordon sanitaire* um den radikalen Kern bilden, einsehen, dass ein solcher Schutzwall um Leute, denen man eigentlich die rote Karte zeigen müsste, falsch ist – das ist die Aufgabe. Aber ohne Kommunikation scheint mir dieses Unterfangen eitel.

Meine Damen und Herren, es bleibt und ist das Bemühen, in dem man nicht resignieren darf, auch wenn man im Laufe seines Lebens realistische Einschätzungen über die Wirksamkeit politischer Bildung gewonnen hat. Auch wenn man – ich sage das zögerlich und will das nicht falsch verstanden wissen – sich die Frage zunehmend vorlegt, wie schwierig eigentlich die komplizierte und komplexe demokratische Staatsform für einfach gestrickte und einfach denkende Bürger ist. Dass Freiheit im Kern die Freiheit des Andersdenkenden ist, und dass von Voltaire bis Helmut Schmidt vernünftige Leute gesagt haben: Ich bekämpfe zwar deine irren Argumente, aber ich setze mich dafür ein, dass du sie äußern kannst – das ist eine schwer zu realisierende Einstellung im Alltag, aber es ist die Einstellung, die Demokratie möglich macht. Wir haben uns in den Akademiegesprächen darum bemüht.

An uns, am Landtag und an der Akademie liegt es jedenfalls nicht, dass wir – wie die Kanzlerin neulich moniert hat – zu wenig über den Islam wissen. Über das islamische Gesetz, über den Anspruch seiner letztendlichen Durchsetzung, über die Motive von Dschihadisten, über die Schwierigkeiten, angesichts des Islams und seines Selbstverständnisses Religionsfreiheit und einen liberalen Staat zu zelebrieren, darüber ist hier intensiv verhandelt worden – und zwar seit 1998, auch über die Integration in unsere Gesellschaft und über die Herausforderungen durch Parallelgesellschaften. Wir haben – Hans Böhm hat es gesagt – über Gorbatschows Beitrag zur Wiedervereinigung, über die Macht in Russland und über Putins spezielles Russland gesprochen. 2007, meine ich, hätten wir schon den Schlüssel vorgelegt zum Verständnis der aktuellen Wirren, nicht zu dem, was man heute unter Putin-Verstehern begreift, sondern zum Verständnis dessen, was in Russland an Wiederentdeckung einer imperialen Großreichsidee seit einem Jahrzehnt unterwegs ist, inklusive der positiven Wertschätzung Josef Stalins ohne die kommunistische Ideologie.

Wir haben über die Krise und die Herausforderungen des Euro gesprochen, wir haben sie erklärt bis hin zur spezifischen griechischen Krise – in letzterer Veranstaltung mit einer kompetenten, kommunikativen und – ich füge hinzu – gesitte-

ten Vertreterin der Eliten von Hellas. Wir haben über Wirtschaftsordnung, über Medien, Demokratie, über DDR, Stasi, über Diktaturen, Parteien und Wahlen geredet, alles dies haben wir thematisiert. Europa, die Demokratie, die Würde des Menschen, immer unter dem Gesichtspunkt der demokratischen Ordnung als Zielobjekt politischer Bildung. Und auch dies gilt es im Gedächtnis zu behalten, wenn wir uns mit der aktuellen Diskussion auseinandersetzen, zum Beispiel über die Identität der Deutschen und über die Notwendigkeit oder über die Zulässigkeit von Patriotismus. Wir wissen, meine Damen und Herren, seit der Aufklärung, dass zum Patriotismus die Freiheit, die Demokratie und die Würde des Menschen hinzuzudenken sind, und nur in dieser Denkweise ist er legitim, nicht in einer Denkweise, die glaubt, der Nation alles mögliche opfern zu müssen, eben auch die Würde des Anderen. Und wir wissen auch, dass es keine Zumutung ist, sich in eine so definierte, die liberale Menschenwürde respektierende Gesellschaft zu integrieren. Wir wissen aber im Kern auch, dass, wer von unseren Bürgern diese Integration selbst in Zweifel zieht durch aggressives Verhalten gegenüber neu zugewanderten Bürgern, dass der sich im Grunde verfassungspolitisch selbst aus dieser Gesellschaft ausschließt. Das alles wissen wir, und dies alles ist Gegenstand unserer Verhandlungen hier gewesen.

Meine Damen und Herren, um zum Schluss zu kommen – Sie sehen: Hätten die Menschen all dem zugehört, was wir hier verhandelt haben, stünde es besser um die Rationalität unserer öffentlichen Debatten. Selbst in diesem Hohen Hause sage ich (natürlich nur halb ernst): Hätte die Politik beherzigt, was wir hier alles besprochen haben, dann stünde es auch erheblich besser um die Qualität politischer Entscheidungen. Wie auch immer: Kommunikation ist schwierig, aber die Anstrengung lohnt sich, wie das Beispiel unseres prominentesten Referenten Lech Walesa zeigt. Der nämlich stand im September '99 an dieser Stelle, mit einem Gerät, das er mir am Abend vorher stolz gezeigt hatte, sozusagen ein Vorläufer des iPad, noch ein bisschen kleiner, und redete und redete und die Dolmetscherin wurde immer unruhiger. Und es tauchte die eine oder andere Panne in der Übersetzung oder in der Kommunikation auf. Hinterher stellte sich heraus: Walesa stand am Rednerpult und hatte nicht mehr die Chance, das Können, die Kenntnis, seinen Computer zu öffnen. Er hat dann einfach vor sich hin bramarbasiert, und die Dolmetscherin in ihrer Kabine hat übersetzt, was im Manuskript stand. Mit dem Ergebnis, dass wir zwar in gewisser Weise einen inkompetenten Redner hatten, aber eine professionelle und perfekte Vermittlung dessen, was er eigentlich sagen wollte.

Jetzt will ich nicht übertreiben, aber ich würde mal sagen: Die Aufgabe, manches, was so perfekt in der Realität nicht funktioniert, als Dolmetscher zu übersetzen,

damit es besser und verständlicher ankommt, diese Aufgabe bleibt für alle Zeit die der politischen Bildung. Und was ein Referent, ein Profi, nicht schafft, schafft vielleicht der Dolmetscher. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ich wünsche vor allem, dass es den „Töchtern“ gelingt, so erfolgreich weiterzuführen, was die „Väter“ eines Tages gezeugt haben.



**Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch,
Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Frau Stamm,
sehr geehrter Herr Vizepräsident Meyer,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Küspert,
sehr geehrte Mitglieder des Konsularischen Korps,
liebe Gäste.

Zunächst mein ganz herzlicher Dank an Sie, liebe Frau Präsidentin, für die neuerliche Kooperation und dafür, dass das Akademiegespräch im Landtag heute zum 50. Mal stattfinden kann. Dass wir jetzt beide auf diese Weise „Mütter“ geworden sind von einem so alten Kind, das nehmen wir einfach hin. Wir beide haben ja schon bewiesen, dass wir das auch ganz gut können. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen, Frau Präsidentin Stamm, dass Sie angeregt haben, dem heutigen Akademiegespräch einen besonderen Rahmen zu geben. Bei Ihnen, bei den Gästen des Akademiegesprächs, bedanke ich mich, dass Sie das Interesse, die Geduld und die Konzentrationsfähigkeit aufbringen, sich auf den Zeiteinsatz für die heutige Veranstaltung einzulassen. Dieses Einlassen – ich höre das Grummeln; es dauert natürlich ein bisschen länger, wenn man ein 50. Gespräch feiert – auf ein etwas längeres Format wird uns durch die Gruppe „Stimmband“ unter Leitung von Frau Daniela Hennecke meines Erachtens deutlich vereinfacht und wer mich kennt, und ich glaube, ich spreche auch für die Frau Präsidentin, der weiß, dass wir heute viele junge engagierte Frauen hier haben. Das ist nicht Zufall, Frau Stamm, das ist Programm.

Damit zum Thema unseres 50. Akademiegesprächs: Misstrauen gegenüber Politikern, Angst vor Überfremdung, Antiamerikanismus, Antisemitismus und die

Schmähung der angeblichen Lügenpresse. Das sind auch in der Bundesrepublik Deutschland keine neuen Phänomene, das haben wir gerade gehört, das wissen wir alle. Dennoch: Der Hinweis, dass es in jeder demokratischen Gesellschaft viele Unzufriedene und noch mehr Unbelehrbare gibt, wird die wenigsten von uns hier im Saal trösten. Warum halten wir das Thema „Misstrauendes Volk und unverstandene Politik“ für so bedeutsam, dass wir ihm sogar das 50. Akademiegespräch im Bayerischen Landtag widmen?

Ich beantworte diese Frage in zwei Teilen. – Erstens: Die Aufgabe, uns mit den Gefährdungen der Demokratie zu befassen und diesen Gefährdungen entgegenzuwirken, stellt den Gründungsauftrag oder einen der Gründungsaufträge der Akademie für Politische Bildung dar; den Gründungsauftrag, an dessen Formulierung zum Beispiel Dr. Hans-Jochen Vogel maßgeblich beteiligt war.

Zweiter Teil der Antwort: Die politischen Parteien, die Parlamente, die Medien und vor allem die politische Bildung sollten einen Fehler vermeiden, und auch da waren sich die Gründer der Akademie einig. Auch da gibt es wieder den Bezugspunkt, dass die Akademie – darauf hat Landtagspräsident Böhm hingewiesen – auch ein Kind dieses Landtags ist. Das Gesetz wurde von Hans-Jochen Vogel formuliert, maßgeblich vorformuliert, mitformuliert, mitgeprägt, aber das Kind „Akademie für Politische Bildung“ ist tatsächlich ein Kind des Bayerischen Landtags.

Die Antwort auf die Frage, warum wir uns heute damit beschäftigen, ist der, dass wir einen Fehler vermeiden sollten, einen Fehler, an den damals die Gründungsmütter und -väter schon gedacht haben. Die politischen Parteien sollten diesen Fehler vermeiden, die Parlamente sollten ihn vermeiden, die Medien und vor allem natürlich die politische Bildung. Wir sollten weder aus der Tatsache, dass die genannten Phänomene uns schon lange bekannt sind – und durchaus auch in den Fünfzigerjahren schon gespürt wurden –, noch aus dem gewissen Abklingen der ‚pedigalen‘ Erregungszustände die Rechtfertigung herleiten, dass wir jetzt einfach wieder zum jeweiligen Tagesgeschäft zurückkehren können. Erstens – wir werden nachher noch darüber sprechen – finden die Montagsdemonstrationen immer noch statt, auch wenn die Medien nicht mehr so darüber berichten, und selbst wenn sie nicht mehr stattfinden würden, wäre es dennoch weiterhin ein Thema. Es wäre meines Erachtens ein sträfliches Versäumnis, wenn wir uns an Folgendes gewöhnen würden: Wenn wir uns daran gewöhnen würden, dass viele Bürger verstörend unzufrieden mit politischen Prozessen sind, und wenn wir uns daran gewöhnen würden, dass Politiker immer häufiger mit völlig überzogener und ungerechtfertigter Pauschalkritik konfrontiert werden. Es wäre meines Erachtens

außerdem ein Fehler, wenn wir aus Bequemlichkeit den Fehler machen würden, die Schuld für Misstrauen und Unverständnis allein den Medien zuzuweisen.

In der Bundesrepublik haben sich auch die inneren Funktionsbedingungen der Demokratie in den letzten Jahren und Jahrzehnten weitreichend verändert und darin scheint mir eine der Hauptursachen für diese Unzufriedenheit und für diese Ablehnung von Politikern zu liegen. Zahlreiche Indizien dafür gibt es. Ich nenne nur einige davon: Sowohl die Globalisierung als auch die Europäisierung der Politik verringern die Steuerungsfähigkeit der Politik, wenn sich Wirtschaft, Umwelt, Politik, Kultur, Kommunikation und öffentliche Sicherung international verflechten – was notwendig ist. Wenn diese Verflechtung stattfindet, dann geht es nicht ohne Zugeständnisse und Kompromisse.

Das hat zweierlei Folgen: Zum einen bedeutet es, dass es schwieriger wird, den spezifischen Erwartungen der eigenen Bürger im eigenen Staat gerecht zu werden, zum anderen wird es für die Bürger dadurch unmöglich, die Verantwortlichen für politische Entscheidungen zu identifizieren. Politik erscheint dann mehr denn je als intransparent. Die Bürger fühlen sich in ihrer Wahrnehmung bestärkt, dass die wirklichen Entscheidungen nicht oder nicht mehr innerhalb der demokratischen Institution und Prozesse stattfinden, sondern dass sie auf einer Hinterbühne, irgendwo anders getroffen werden, wo man es gar nicht beobachten kann: unsichtbar für die Bürger, weit weg von den Betroffenen und von deren Bedürfnissen. So ist die Wahrnehmung, die nur zum Teil richtig ist. Sehr deutlich zeigt sich diese Einschränkung der nationalen staatlichen Handlungsfähigkeit, die ich gerade angeführt habe, zum Beispiel in der aktuellen Flüchtlingspolitik. Nicht einmal im europäischen Verbund kann die bundesdeutsche Politik die Zahl der Asylbewerber, die Zahl der Bürgerkriegsflüchtlinge sowie die Zahl derjenigen, die vor dem Terror des IS fliehen müssen, wirklich beeinflussen. Auf diese Zahlen und auf deren Ursachen haben wir so gut wie keinen Einfluss. Das ist ein Umstand, den viele Bürger ungern zur Kenntnis nehmen, nicht nur in Tröglitz in Sachsen-Anhalt. Die Tatsache der schweren Beeinflussbarkeit und der schweren Steuerbarkeit ändert aber nichts daran, dass es vielen nicht passt. Wenn sich ein nennenswerter Teil der Bürger ohnmächtig fühlt, ist dies besorgniserregend. Noch besorgniserregender erscheint mir, wenn diese Bürger auch die eigenen Politiker für ohnmächtig halten. Misstrauen, gegenseitiges Unbehagen und Proteste gegen Politiker können weder durch gutes Zureden noch durch öffentliche Schmähungen angegangen werden, beides taugt dafür nicht. Etwas Fundamentaleres ist erforderlich.

Die Herausforderung und die Frage, gerade für die Politik, lautet: Wie gelingt es, die beruhigende Stabilität des alten Nationalstaates auf europäischer Ebene neu zu

bestimmen, und zwar unter den Bedingungen von Globalisierung und Europäisierung? Wie gelingt es, diese beruhigende Stabilität wieder zurückzugewinnen? Kann das gelingen? – Die Frage stellt sich leicht, für die Umsetzung der Antwort braucht man Jahre. Es ist offensichtlich: Die Rahmenbedingungen von Politik haben sich dramatisch verändert, und diese veränderten Bedingungen verschärfen den Verdross vieler Bürger an der Politik. Bürger erwarten von Politikern, dass diese alle Sachverhalte, über die sie zu entscheiden haben, verstehen – mögen sie noch so kompliziert sein. Und sie erwarten, unabhängig davon, dass wir ein arbeitsteiliges Fraktionen-Parlament haben, dass sie jeweils auch alle getroffenen Entscheidungen kompetent vertreten können. Die Bürger wollen, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar und zuordenbar sind, und als Wähler wünschen sie sich, zwischen klaren politischen Alternativen eine Auswahl treffen zu können. Dieser Wunsch nach den klaren, politischen Alternativen steht aber in Widerspruch zu einer Entwicklung der letzten Jahre, sogar Jahrzehnte. Die Parteien versuchen, auf die Auflösung der tradierten Milieus und auf die Zunahme der Wechselwähler zu reagieren, indem sich die meisten der Parteien programmatisch hin zur politischen Mitte orientieren, also dorthin, wo sich ja auch die meisten Wähler selbst verorten. Insofern ist es eine sehr vernünftige und nachvollziehbare programmatische Entwicklung der Parteien. Diese Orientierung hin zur Mitte geht aber fast zwangsläufig mit einer geringeren Unterscheidbarkeit von politischen Positionen einher. Diese geringe Unterscheidbarkeit ist meines Erachtens aber eine schlechte Basis für den Parteienwettbewerb, der ja aus gutem Grund Parteienwettbewerb heißt.

Was folgt daraus? – Wenn diese zunehmende Mitte-Orientierung dazu führt, dass der Wettbewerb der Parteien einschläft und von den Bürgern nur noch als Scheingefecht wahrgenommen wird, dann wird es meines Erachtens durchaus problematisch, auch für die Demokratie. Dann wendet sich unter Umständen ein Teil der Bürger vor allem von den Volksparteien ab. Erstens, weil diese Bürger keinen Unterschied zwischen den Parteien wahrnehmen können, weil es egal zu sein scheint, wen man wählt. Wer zu der Einschätzung kommt, es sei egal, wen man wählt, der geht früher oder später überhaupt nicht mehr zum Wählen. Zweitens wenden sich die Bürger dann von den Volksparteien ab, wenn sie den Eindruck haben, dass die Politik ohnehin nur ausgekartelt werde. Auch das ist ein unzutreffender Eindruck, der viel damit zu tun hat, dass viele Grundkenntnisse, das Grundverständnis über Politik und über politische Prozesse nicht oder nicht mehr vorhanden sind.

Eine Parteiendemokratie bleibt nur dann lebendig und damit attraktiv für die Wählerschaft, wenn sie auch wettbewerbsorientiert ist. Eine Demokratie kann nur dann verhindern, dass ein gefährliches Vakuum entsteht, wenn die Parteien auch

die Interessen und Bedürfnisse derjenigen im Blick behalten, die sich bereits von ihnen distanziert haben. Das ist natürlich schwierig: sich um diejenigen kümmern, die sich eigentlich schon verabschiedet haben. Das heißt, Parteien müssten und müssen programmatisch auch die Nichtwählerinnen und Nichtwähler vertreten. Tun sie dies nicht und orientieren sie sich stattdessen nur noch auf die eigene Klientel, auf diejenigen, die noch wählen gehen, dann hätte dies meines Erachtens für die demokratische Ordnung gefährliche Folgen: die Folge nämlich, dass die Interessen der Mittel- und der Oberschicht besser vertreten würden als die Interessen der Angehörigen der unteren Einkommens- und Bildungsschichten, wo nämlich die meisten Nichtwähler zu verorten sind. Dies hätte auch zur Folge – auch das können wir nicht wollen –, dass die Interessen der Älteren besser vertreten werden als die Interessen der Jungen, weil eben auch die Jungen den Fehler machen, weniger zu wählen und weniger zum Wählen zu gehen als die Alten. Aus der Zweidrittelpartizipation würde dann eine Zweidrittelrepräsentation. Das würde den Selbstausschluss der Politikfernen nicht nur zementieren, sondern den Grundstock dafür legen, dass die Entfremdung zwischen Politik und Bürgern zunehmen und die Gruppe der Nichtwähler noch größer werden würde.

Die genannten Punkte ergeben zusammen ein problematisches Konglomerat. Sie führen dazu, dass ein nennenswerter Teil der Bürgerschaft die Mechanismen unserer Demokratie, zumindest teilweise, infrage stellt. Und sie führen dann zu der geschilderten inneren Entfremdung eines Teils der Bürgerschaft gegenüber unserem Staat. Aber: Bei einem 50. Akademiegespräch kann man jetzt nicht nur diese doch eher pessimistischen Botschaften verkünden. Es gibt durchaus auch Sachen zu berichten, die etwas optimistischer stimmen. Verschiedene Meinungsumfragen belegen, dass es einen Unterschied macht, ob man einen oder eine Abgeordnete persönlich kennt oder nicht. Die Geringachtung des politischen Personals durch Wählerinnen und Wähler ist dort am stärksten ausgeprägt, wo die Distanz am größten ist.

Eine von der Präsidentin des Bayerischen Landtags im letzten Jahr in Auftrag gegebene Studie von Infratest dimap kommt zu folgendem Ergebnis – ich zitiere ganz kurz: „Das Aufeinandertreffen von Bürgern und Abgeordneten trägt ganz offensichtlich zum besseren Verständnis der Parlamentsarbeit bei.“ Das persönliche Kennen wirkt sich demnach nicht nur darauf aus, ob man die Politiker für Angehörige einer unnahbaren Kaste hält oder nicht, sondern das persönliche Kennen wirkt sich auch unmittelbar darauf aus, wie man die Arbeit von Politikern beurteilt. Die hier zitierte Umfrage bezieht sich lediglich auf die Kontaktaufnahme der Bürgerinnen und Bürger zu ihren Abgeordneten. Dem gegenseitigen Verständnis dürfte außerdem zuträglich sein, wenn tatsächlich auch ein inhalt-

licher Austausch zustande kommt, wenn man sich nicht nur irgendwo über den Weg läuft oder mal in der Bürgersprechstunde miteinander zu tun hat, sondern wenn man tatsächlich zu einem inhaltlichen Austausch Gelegenheit hat, wenn also nicht nur übereinander geredet wird, sondern auch miteinander. Ohne diese Leistung des Miteinanderredens, die ebenfalls vor allem die politische Bildung für die politische Praxis erbringt, fiel das Urteil der Bürger über die Politik wohl noch schlechter aus.

Diese Einsicht hatten bereits die Gründer der Akademie für Politische Bildung, sie gab es bereits damals im Bayerischen Landtag, Ende der Fünfzigerjahre. Waldemar von Knoeringen forderte damals, die politische Bildung solle „ein großes Gespräch mit dem Bürger und der Bürgerin beginnen“ – und diese Forderung von Waldemar von Knoeringen mündete dann in die Aufgaben, die im Akademiegesetz von 1957 verankert wurden.

Den Gründern der Akademie für Politische Bildung ging es darum, mit der Akademie eine auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse arbeitende Stätte der Forschung und Lehre zu errichten, an der Fragen der politischen Bildung „unter Mitwirkung von Politikern und Wissenschaftlern (...) erörtert werden“. Die Leistung der politischen Bildung für die politische Praxis besteht nicht nur darin, Politikern und Politikerinnen ein Forum des Austausches mit der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu geben. Die Aufgabe der politischen Bildung besteht meines Erachtens auch darin, dem politischen Personal die knappste ihrer gesamten Ressourcen abzurufen: Zeit. Deshalb bedanke ich mich bei Ihnen, bei den Abgeordneten des Bayerischen Landtags, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, zu diesem wichtigen Thema und zu diesem 50. Akademiegespräch zu kommen. Ganz herzlichen Dank, dass Sie teilnehmen und auch nachher noch für Gespräche zur Verfügung stehen. Nur wer die Zeit aufbringt, sich auf den inhaltlichen Austausch mit den Bürgerinnen, den Praktikerinnen und den Wissenschaftlerinnen – und natürlich auch den jeweiligen männlichen Pendant – einzulassen, findet das, was Politik begreiflich macht und was der Politik in der Demokratie ihr Fundament und damit auch den Sinn gibt: nämlich den Dialog.

Professor Oberreuter hat bereits darauf hingewiesen: Diesen Dialog zu organisieren, ihm einen Ort zu geben und ihn vor allem inhaltlich zu strukturieren und ihn wissenschaftlich zu fundieren, das gehört auch in der digitalen Zukunft zu den großen Aufgaben der politischen Bildung. Deshalb bedanke ich mich bei Ihnen, Herr Altpräsident Böhm, dass Sie gemeinsam mit Professor Oberreuter die Grundlage dafür gelegt haben, dass dieser Austausch hier im Bayerischen Landtag stattfinden kann. Und Herr Oberreuter, wenn ich diese Lech-Walesa-Geschichte

schon vorher gekannt hätte, dann – wir haben Sie ja darum gebeten, darüber zu sprechen: „Politische Bildung statt Sprachlosigkeit“ – hätte ich die Doppelbödigkeit unseres von uns selbst gewählten Titels noch mehr begreifen können. So habe ich im Nachhinein auch das wieder von Ihnen gelernt.

Wie gesagt, bei Ihnen bedanke ich mich vor allem, liebe Frau Stamm, dass Sie diesen Faden, der da durch die beiden Väter des Akademiegesprächs gelegt worden ist, nicht nur aufgegriffen haben, sondern diesen Faden mit tiefem Verständnis und großer Gesprächsbereitschaft fortführen und weiterdenken.

Damit komme ich zum Ablauf des heutigen Akademiegesprächs: Wir hören zunächst den Impulsvortrag von Professor Nassehi, den ich Ihnen hiermit ganz kurz vorstellen möchte: Professor Nassehi ist in Tübingen geboren, aber dann haben die Eltern ganz schnell – glaube ich – das Schwabenland verlassen. Er wuchs in München, Landshut, Teheran und Gelsenkirchen auf. Er studierte Soziologie und Erziehungswissenschaften und wurde promoviert und habilitiert in Soziologie an der Universität Münster. Seit 1998 hat Herr Nassehi einen Lehrstuhl für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München inne. Gutes Zeitmanagement, gutes Timing von uns mit dem Landtag zusammen: Das jüngste Buch des Kollegen Nassehi ist vor wenigen Tagen erschienen. Der Titel des Buches lautet „Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss.“ In seinem heutigen Vortrag befasst sich Professor Nassehi mit der Frage, vor welchen Herausforderungen unser Denken und Handeln durch die zunehmende gesellschaftliche und politische Komplexität gestellt wird. Im Anschluss an diesen circa 20-minütigen Vortrag von Professor Nassehi werden Professor Oberreuter, Herr Richter, Herr Kollege Nassehi und ich darüber diskutieren, woran es liegt, dass sich ein Teil der Bürger und ihrer Repräsentanten voneinander entfremdet haben, und natürlich werden wir darüber sprechen, was dagegen getan werden kann. Wir werden auch darüber sprechen, Herr Richter, ob dieses Phänomen ein regionalspezifisches ist, ob es deutschlandweit auftritt – ob es womöglich sogar in Gefilden auftritt, die man eigentlich sonst als Vorstufe zum Paradies kennt.

Herr Nassehi ich freue mich auf Ihren Vortrag. Bei Herrn Oberreuter und Herrn Richter bedanke ich mich, dass sie mit von der Partie sind. Ich wünsche Ihnen einen interessanten Vortrag und bin schon sehr gespannt. – Vielen Dank.



**Vortrag von Prof. Dr. Armin Nassehi,
Ludwig-Maximilians-Universität München**

Frau Präsidentin Stamm,
Frau Kollegin Münch,
meine Damen und Herren!

Es ist mir eine große Ehre, dass ich heute beim 50. Akademiegespräch den Impulsvortrag halten darf, und das Thema, das gestellt wurde, ist kein einfaches Thema. Es ist ein Thema, das in 20 Minuten kaum zu bearbeiten ist, auch in zwei Stunden nicht – selbst wenn man in Fidel-Castro-mäßige Formen ausgreifen würde, wäre es nicht möglich. Ich spreche hier nicht als Politikwissenschaftler, sondern als Soziologe. Es werden viele der Dinge, die wir heute schon gehört haben, womöglich wieder auftauchen, aber womöglich auch mit einer kleinen anderen Nuance. Was ich ein bisschen bedaure, Herr Oberreuter, ist, dass ich ohne Dolmetscherin sprechen muss, aber ich habe deswegen auch Papier dabei und nichts Elektronisches, das wird es vielleicht erleichtern.

Die Frage „Wie gefährdet ist die Demokratie?“ ist so alt wie die Demokratie selbst, weil die Demokratie keine stabile Staatsform ist. Wer eine stabile Staatsform haben möchte, braucht Monokraten. Das ist das Stabilste, was es gibt. Es ist allerdings eine unökonomische Herrschaftsform, weil der Monokrat nie schlafen darf; weil er immer Feinde hat, die nicht an die Ordnung glauben, sondern daran, dass man herrschen können muss. Die Demokratie ist diejenige Staatsform, in der wir in der Lage sind, mit unterschiedlichen Perspektiven, unterschiedlichen Lösungsvorschlägen, unterschiedlichen Meinungen, im Übrigen auch unterschiedlichen Sachkompetenzen umzugehen und dies ohne Blutvergießen. Halten Sie das bitte nicht für ein Bonmot, sondern das ist genau die historische Bedeutung der Demokratie. Sie war deshalb auch immer gefährdet, weil sie immer aushalten

musste, dass die Dinge auch anders sein könnten. Wenn die Dinge nicht anders sein könnten, kann man nicht von einer Demokratie sprechen, weil die Demokratie davon lebt, dass nicht der, der regiert, regiert, sondern dass diejenigen, die denjenigen, der regiert, kontrollieren, auch so kontrollieren, dass es sich um eine demokratische Kontrolle handelt. Deshalb ist die Opposition die eigentliche Kraft der Demokratie, und zwar eine Opposition, die innerhalb des Systems der Demokratie angesiedelt ist und nicht außerhalb. Im viktorianischen Britannien hat man von „Her Majesty's opposition“ gesprochen. Eine ganz wunderbare Figur, die zeigte, dass die Opposition nicht mehr etwas ist, was aus gefallenen Brüdern und Schwestern oder dem Gegenteil davon bestand, sondern aus Leuten, die unmittelbar zum Mechanismus der Demokratie dazugehören.

Von einer Krise der Demokratie zu sprechen, ist in dem Moment gerechtfertigt, in dem Opposition nicht mehr Opposition gegen Regierungshandeln ist, sondern gegen die Institution der Demokratie selbst. Das ist übrigens etwas, was wir innerhalb unseres eigenen Landes zurzeit beobachten können, aber die große Krise, die wir mit der europäischen Demokratie gewärtigen müssen, hat unmittelbar damit zu tun. Europa hat keine Regierung, die so eingesetzt wird wie Regierungen in Bundesländern, Nationalstaaten oder in ähnlichen funktionalen Äquivalenten anderer Staaten in Europa. Das heißt, im Europäischen Parlament sitzt keine Opposition, die regieren könnte, wenn die Regierung etwas falsch gemacht hätte. Diese interessante, womöglich abstrakt wirkende Frage führt dazu, dass man tatsächlich sehen kann, dass Legitimationsfragen keineswegs immer nur mit inhaltlichen Fragen zusammenhängen, sondern damit, wie die unterschiedlichen Kräfte des demokratischen Kräftespiels miteinander überhaupt reden müssen. Sie dürfen miteinander reden, sie müssen aber auch miteinander reden, weil das Konsequenzen hat.

Wer von der Krise der Demokratie spricht und fragt, wie gefährdet sie sei, kommt üblicherweise zu zwei verdächtigen Reaktionsformen. Die eine ist: „Es ist alles nur ein Kommunikationsproblem.“ Und damit meine ich nicht, dass man nicht kommunizieren soll, Herr Oberreuter, sondern damit meine ich, allein besser darzustellen, wie eine Demokratie funktioniert, hilft meistens nicht weiter. Übrigens hilft auch so etwas wie Sachaufklärung meistens nicht weiter. Das Verhältnis zur Politik verbessert sich, wenn man konkrete Politikprozesse an konkreten Personen, an Politikerinnen und Politikern beobachten kann – das gilt übrigens auch für andere Zusammenhänge. Fremdenfeindlichkeit ist dort am stärksten, wo man am wenigstens mit Fremden zu tun hat. Der Antisemitismus ist demnach gerade davon abhängig, möglichst keinem Juden begegnen zu können. Wenn wir uns empirisch angucken, wie in unserem Land, übrigens auch in unserem Bundesland

hier, der Kontakt zu Flüchtlingen zu einer unglaublichen Welle von Solidarität führt, sobald man es mit konkreten Menschen zu tun hat, an denen man beobachten kann, dass sie die gleichen Leben führen müssen wie wir selbst – wir müssen unsere Kinder durchbringen, wir müssen uns als Männer und Frauen wechselseitig lieben, auch wenn es manchmal schwierig ist, wir müssen Pläne für unser Leben machen, wir sind endliche Leute und wir führen ganz normale Leben wie jeder andere auch – wenn man das sieht, ändert sich das Bild der Menschen. Wenn man das nicht sieht, sieht man Fratzen. Es ist nicht nur ein Kommunikationsproblem im Hinblick darauf, dass man den Leuten lediglich erklären muss, wie es eigentlich ist.

Die zweite übliche Reaktionsform ist moralische Entrüstung – gerade am Beispiel der Pegida-Bewegung kann man das sehr schön sehen. Moralische Entrüstung ist leicht zu kriegen, übrigens auch meistens aus der Distanz. Sobald Sie vor jemandem stehen, ist moralische Entrüstung viel, viel schwieriger, weil sie ihm unmittelbar etwas sagen müssen. Wenn ich das sagen darf: Ich habe selbst einen längeren Briefwechsel mit einem der wichtigsten Redner bei den Pegida- und auch Legida-Demonstrationen gehabt. Ein Rechtsintellektueller – es gibt inzwischen in Deutschland einen starken rechtsintellektuellen Diskurs. Das sind keineswegs – sagen wir mal – ungebildete Leute, die nur Krach auf der Straße machen, sondern die durchaus als Rechtsintellektuelle wirken. Ich halte es für geboten, Argumente auszutauschen, weil das das einzige ist, was Leute wie wir überhaupt können. Vielleicht sollten wir mit diesem Pfund ein bisschen wuchern.

Die Krise und Gefährdung der Demokratie liegt keineswegs nur in der demokratischen Form selbst, sondern ich würde sagen, es hat etwas mit der modernen Gesellschaftsstruktur zu tun. Das ist vielleicht das Besondere, was ein Soziologe hier beizutragen hat. Vielleicht einige Bemerkungen zur Demokratie: Demokratische Staatsformen können sich eigentlich nur Gesellschaften leisten, in denen nicht alles politisch demokratisch entschieden wird. Das klingt vielleicht banal, das ist aber keineswegs banal. Denken Sie daran, dass nicht demokratisch darüber entschieden wird, was Sie ästhetisch schön finden. Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, ob Sie und wie Sie an die Götter glauben und auch nicht über die Zahl der Götter, an die Sie glauben. Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, was wissenschaftlich wahr oder nicht wahr ist. Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, wen wir lieben sollen und wen nicht. – Die Liebesverhältnisse hier sind übrigens sehr modern, wenn man zwei Väter für so etwas hat, das ist ja nicht überall möglich. – Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, wer wann wie wo ökonomisch investiert. Es wird nicht demokratisch darüber entschieden, was ein gelungenes Leben ist. Es wird ein Rahmen gesetzt

durch die Demokratie, indem diese Entscheidungen in einer Freiheit möglich sind, die eben nicht durch die Mechanismen des Demokratischen selbst hervorgebracht werden.

Die Alternativen sind Staatsformen, die sich vor allem deshalb demokratisch nennen, weil sie es nicht sind. Denken Sie an die kommunistischen Volksdemokratien, die gegen all diese Fragen kollektiv bindend entschieden haben. Denken Sie an alle Totalitarismen des 20. Jahrhunderts, die eine totale Durchpolitisierung der Gesellschaft wollten, und wenn Sie heute mit Kritikern der modernen Gesellschaft sprechen, dann wünschen die sich bisweilen tatsächlich eine Gesellschaft, durch die durchregiert wird. Vielleicht ist einer der wichtigsten Punkte für politische Bildung – und ich bin der Letzte, der Ihnen etwas darüber beibringen kann, was politische Bildung bedeutet, aber ich weise aus einer soziologischen Perspektive darauf hin, worin die Grenzen der Demokratie eigentlich liegen –, dass man diese Grenzen tatsächlich auch ausfüllen kann. Im ersten Moment sieht mein Argument nämlich aus, als wäre es gegen die Bedeutung der Demokratie gerichtet. Das Gegenteil ist der Fall. Nur was kollektiv bindend entscheidbar ist, ist Gegenstand demokratischer Willensbildung. Das weist auf einen komplizierten Mechanismus der modernen Gesellschaft hin, der – Herr Oberreuter, Sie haben völlig recht mit diesem schönen Begriff der Komplexität – uns zwar schon länger verfolgt, aber so schöne Begriffe haben unter anderem ja auch die Funktion, dass man sie gesagt hat und dann zu wissen glaubt, was es denn eigentlich bedeutet.

Wir sind sehr geübt darin, den politischen Streit in Chiffren von rechts und links, von richtigen und falschen Lösungen, von einfachen und noch einfacheren Lösungen zu diskutieren, vor allem in der Öffentlichkeit, vor allem in der Medienwelt, in der wir heute kaum mehr Zeit haben, ein Argument tatsächlich zu Ende zu führen. Wir machen immer den Witz, dass Adorno in den Sechzigerjahren 1,30 reden konnte; das gilt heute auch, das war damals 1 Stunde 30 Minuten im Radio. Heute ist es 1 Minute 30 Sekunden. Das ist dann schon von epischer Breite, so dass wir sozusagen kaum Zeit haben, solche Argumente tatsächlich zu beschreiben. Wir haben deshalb auch keine Beschreibungstradition für das, was ich die gesellschaftliche Komplexität nenne.

Am Beispiel der Politik kann man das sehr schön nachvollziehen. Wenn mein Argument stimmt, und ich gehe mal hilfsweise davon aus, dass es so sei, dass die Demokratie und die Politik nur das entscheiden können, was sich demokratisch und politisch entscheiden lässt, dann ist das ja ein Hinweis darauf, dass wir in einer Gesellschaft leben, die keineswegs aus einem Guss sein kann. Es ist also keine Gesellschaft, bei der wir sozusagen ein großes Werkstück haben, in dem alles, was in

dieser Gesellschaft passiert, gewissermaßen an einem Strang zieht und so integriert wird, dass die Dinge eigentlich wunderbar zusammenpassen. Was ist das Grundproblem dessen, was politische Meinungsbildung und Willensbildung ausmacht? Es ist im Typus unserer Gesellschaften in erster Linie das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik. Wie gruppieren wir eigentlich Wirtschaft und Politik miteinander? – Wirtschaftliches Handeln und politisches Handeln haben sehr unterschiedliche Erfolgsbedingungen. Politisches Handeln ist gemeinwohlorientiert. Es ist aber gleichzeitig auch daran orientiert, sich vor einem Wahlvolk behaupten zu müssen. Ein politisch richtiges Argument muss gleichzeitig ein Sachproblem und ein soziales Problem lösen. Das heißt, es muss sich, wenn es sich für richtig hält, wählbar halten, sonst ist es kein politisch richtiges Argument; sonst ist es vielleicht ein sachlich richtiges Argument, das aber politisch bedeutungslos wird. Das ist ein großes Problem jeglichen politischen Handelns. Das kann übrigens jeder an sich selber schon wahrnehmen, selbst wenn er Mikropolitik in kleinen Organisationen macht. Man muss dafür kein Mitglied des Bayerischen Landtags sein, sondern man kann in Vereinen, in Sportvereinen oder wo auch immer, Politik machen und wird feststellen, wie schwierig es ist, andere von der eigenen Überzeugung zu überzeugen und Gefolgschaft zu produzieren und dort Kompromisse eingehen zu müssen. Kompromisse eingehen zu müssen, das ist sozusagen die Währung des politischen Handelns.

Die Währung des ökonomischen Handelns ist völlig anders. Die Währung des ökonomischen Handelns ist: Es muss sich auf einem Markt bewähren. Sie werden jemanden, der sich auf Märkten bewegt, nicht einfach dazu bringen, aus irgendwelchen Gründen sich nicht marktkonform zu verhalten, weil er sonst vom Markt verschwindet. Schlicht und ergreifend. Sie können sozusagen nicht Wirtschaftspolitik gegen die Wirtschaft machen – genauso wenig, wie Sie Politik gegen die Politik machen können. Das ist ein Komplexitätsproblem. Das Gleiche erscheint aus unterschiedlichen Perspektiven unterschiedlich. Unsere politische Farbenlehre orientiert sich letztlich an diesen beiden unterschiedlichen Kräften der Gesellschaft, die ich jetzt vereinfachend beschrieben habe und die nur zwei von vielen anderen sind – denken Sie an religiöse Logiken, denken Sie an wissenschaftliche Logiken, denken Sie an kulturelle und ästhetische Logiken, denken Sie an rechtliche Logiken, denken Sie an unterschiedliche Lebensorientierungen, denken Sie an unterschiedliche Milieus. Beide treffen sozusagen in einer geradezu ungesteuerten Form aufeinander, müssen aber irgendwie in dieser Gesellschaft miteinander klarkommen.

Ich habe gesagt, die politische Farbenlehre hat sich vor allem an der Differenz von Politik und Wirtschaft orientiert. Ich will das mal ganz grob versuchen zusam-

menzufassen: Ein liberales Bild möchte gerne dieses Verhältnis so machen, dass man nicht zu sehr politisch in ökonomische Prozesse eingreift. Ein eher sozialistisches oder sozialdemokratisches ist eher staatsnah und organisiert eher staatliche Kontrolle in ökonomischen Prozessen, während ein eher konservatives ungleich unsensibler ist, aber auf eingelebte Milieus setzt, in denen sich Antinomien der Gesellschaft womöglich aufheben lassen. Das Tolle an der Demokratie ist, dass diese drei Repräsentationen sich wechselseitig so ergänzen können, dass aus dem Streit dieser unterschiedlichen Formen Argumente entstehen. Das ist doch das Interessante. Es gibt keinen Liberalismus ohne die beiden anderen. Es gibt keinen Konservatismus ohne die beiden anderen. Es gibt auch keine Sozialdemokratie ohne die beiden anderen. Nehmen Sie das jetzt sozusagen nur als Formel – man müsste das natürlich viel genauer beschreiben –, aber man kann feststellen, dass, wenn wir gelungene Politik vorzeigen wollen, wir auf der einen Seite sehen müssen, dass gelungene Politik Alternativen formulieren muss. Auf der anderen Seite aber nicht nur Alternativen, sondern man muss auch gleichzeitig sehen, wie fragil die Steuerungsmöglichkeiten des politischen Systems der Gesellschaft gegenüber sind. Ich glaube, dieser Mechanismus ist es, den wir mit dieser Problemformel der Komplexität beschreiben. Und wenn wir keine Möglichkeiten haben, dieses Problem auch innerhalb des intellektuellen Diskurses – ich würde auch sagen, ein großer Teil der sozialwissenschaftlichen Intelligenz überschätzt oder besser gesagt unterschätzt die Dynamik moderner Gesellschaften enorm, nämlich diese merkwürdige, nur indirekte Steuerbarkeit der Gesellschaft –, zu lösen, dann werden wir womöglich auch nicht zu Lösungen kommen, die man politisch umsetzen kann.

Ich will dazu wenige Bemerkungen machen: Wir Soziologen sagen, die Funktion von Politik liege in der Herstellung und Bereitstellung von Kapazitäten kollektiv bindender Entscheidungen. Die Erwartung an Politik ist aber eine andere. Die Erwartung an Politik ist, die Gesellschaft zu steuern. Ich hadere ein bisschen mit dem Begriff der Politikverdrossenheit. Politikverdrossen sind oftmals die, die unglaublich hohe Erwartungen an den Staat haben, die der Staat aber in der einfachen Form, wie sie ihm gegenüber formuliert werden, gar nicht erfüllen kann. Eigentlich ist es eher eine Verdrossenheit der Situation darüber, dass der Staat eben nicht – wie wir das in einer alten deutschen politikphilosophischen Tradition von Hegel gelernt haben –, dass die Politik oder der Staat das Allgemeinste der Gesellschaft sind, sondern: Die Politik oder der Staat sind auch nur ein Teil, eine Funktion in der Gesellschaft, die ein bestimmtes Problem löst, andere aber nicht lösen kann.

Diese Komplexitätsprobleme führen dazu, dass man es auf eine Problemformel bringen kann, bei der man sagt: Modernisierungsprozesse sind immer Prozesse,

die als Überlastung erlebt werden. Überlastung heißt, wir haben immer noch Bilder im Kopf, dass ein gelungenes Leben sich eigentlich dadurch auszeichnet, dass wir in relativ stabilen Gruppen leben, mit relativ übersichtlichen Ideen davon, wer die eigenen, wer die anderen sind, wer die guten, wer die bösen sind, wer die Freunde, wer die Feinde sind, wer sozusagen diejenigen sind, die mir gefährlich werden können und die mir nicht gefährlich werden können, ausmachen. Es ist ein Zerrbild, das ich hier beschreibe, aber wir können uns schon irgendwie vorstellen, dass ein Leben übersichtlicher ist, wenn wir das genauer einordnen können. Das gilt für moderne Gesellschaften nicht mehr. Die Transformationsprozesse, die wir in Osteuropa beobachten können, sind geradezu ein Freiversuch, an dem man beobachten kann, wie man aus einer Gesellschaftsstruktur, in der fast alles geregelt war, inzwischen in eine Situation kommt, in der zunächst einmal fast gar nichts geregelt wird. Ich bringe das auf die Formel, dass wir diese Gesellschaft leider Gottes nur digital verstehen können, deshalb braucht man so komische Leute wie mich – Soziologen –, um dazu einige Sätze sagen zu können, aber wir müssen es analog leben.

Wenn ich einen Satz zu Pegida sagen darf: Die Pegida-Demonstrationen sind für mich ein Hinweis darauf, dass interessanterweise, das wissen wir inzwischen aus der Forschung, dass das keineswegs die total Abgehängten der Gesellschaft sind. Es sind keineswegs die, die auch demografisch ganz am Rand der Gesellschaft sind, sondern es ist eine durchaus vielleicht kleinbürgerliche Klientel. Man kann an Pegida sehr schön sehen, wozu dieses Überlastungssyndrom führt: Wenn man die Gesellschaft nur digital beschreiben kann, also wenn der Konkurrent eigentlich nur in statistischen Gruppen auftaucht, aber nicht in konkreten analogen Gruppen, dann wird es attraktiv, Probleme auf analoge Gruppen zu beziehen. Die Funktion des bürgerlichen Antisemitismus im 19. Jahrhundert bestand eigentlich darin, einen inneren Fremden zu haben, dessen größte Unverschämtheit darin bestand, dass er sich von uns nicht unterschieden hat, und dass das seine Unterschiedenheit ausgemacht hat. Und heute stellen wir fest, dass, sobald es zu solchen Konflikten kommt, man fast automatisch Gruppen identifiziert, die man verantwortlich macht für das Problem, von dem alle sachlich eigentlich wissen können, dass unsere Gesellschaft genauso desintegriert wäre, wenn sie ethnisch homogener wäre.

Vergleichen Sie mal unsere Kultur heute mit der der Fünfzigerjahre und denken Sie mal alles Ethnische weg. Wie kulturell vielfältig unsere Lebensformen heute sind – ich habe gerade den Witz mit den beiden Vätern gemacht, den Witz müssen Sie erst mal machen können! Das geht nur in einer Gesellschaft, in der das kein Witz ist, weil es nur dann als Witz funktioniert. Denken Sie daran, welche

Bandbreite wir in kulturellen Formen feststellen: in der Musik, in der Kunst, in allen möglichen Entäußerungsformen, im Ästhetischen, in unseren Milieus, in den Lebensformen, an die wir uns gewöhnt haben. Diese Gewöhnung ist tatsächlich – und ich will das auch durchaus positiv sagen – ein gut angepasster Modernisierungsprozess. Dort, wo es hakt, ich würde sagen, dort, wo wir Situationen haben, in denen Menschen in Gesichtsverlust geraten, dort kommen Ausgrenzungsprozesse zustande, dort kommen Situationen zustande, in denen keineswegs nur Fremde ausgegrenzt werden. Ich will mit dem Argument schließen: auch diejenigen, die wir analog dafür verantwortlich machen, dass die Welt so kompliziert ist – nämlich die Politiker.

Warum sind es eigentlich die Politiker, die wir so komisch und blöd finden? Warum nicht die Professoren? – Es gäbe gute Gründe dafür. Oder die Lehrer oder die Verkehrspolizisten oder wen auch immer? Sondern warum ausgerechnet die Politiker? Die Funktion des politischen Systems, wie ich gesagt habe, besteht in der Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen und damit auch in der – man könnte sagen – Bereitstellung einer Idee, was unsere Kollektivität eigentlich ausmacht. Herr Oberreuter, ich will ganz explizit sagen: Was Sie über den Patriotismus gesagt haben, unterstreiche ich vollständig, weil er ja eigentlich nur beschreibt, dass wir ein Gemeinwesen als Gemeinwesen beschreiben. Und dass sich natürlich ausgerechnet an diesen Figuren, die für so ein Allgemeines stehen, so viel Hass entlädt – und es ist Hass, wenn Sie ins Internet gucken und diese Geschichten, die man früher nicht lesen konnte, weil die Leute das nur auf ein bisschen Papier schreiben konnten, aber jetzt weit publizieren können –, das ist nur ein Hinweis darauf, dass es ein Repräsentationsproblem für die Erzählbarkeit dieser Gesellschaft gibt. Wenn Sie jetzt glauben, das sei die Lösung des Problems, dann muss ich Ihnen leider sagen, die habe ich auch nicht. Aber ich glaube, es könnte ein Hinweis darauf sein, dass so eine Idee wie Gesichtsverlust oder der Verlust von Autonomie in bestimmten Situationen Leute dazu bringt, sich auch gegen einen zivilisatorischen *comment* zu richten, was sie, wenn man mit ihnen argumentiert, in dieser Form womöglich gar nicht aufrechterhalten können. Dass es einen Bodensatz in der Gesellschaft gibt, den man nicht erreichen kann, das wird es immer geben und damit muss eine starke Demokratie ohnehin leicht umgehen können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.



Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung):

Zunächst meinen ganz herzlichen Dank an Sie. Kurz und bündig: nicht einfach, aber verstehbar. Ich habe nämlich im Vorgespräch zu ihm gesagt: Verstehen wir Sie auch? Er hat gesagt: Ja. Und nachdem ich auch noch wusste, dass Kollege Nassehi von seinen Studenten mal einen Preis für die gute Rede bekommen hat, war ich relativ zuversichtlich. Ich würde sagen, Sie haben diese Zuversicht tatsächlich bestätigt.

Prof. Dr. Armin Nassehi (Ludwig-Maximilians-Universität München): Aber gut, dass Sie das noch einmal gesagt haben.

Prof. Dr. Ursula Münch: Meine Damen und Herren, Sie hatten jetzt schon die Gelegenheit, Herrn Nassehi zu hören. Herrn Oberreuter kennen Sie bereits von den Akademiegesprächen und Sie haben ihn auch gehört. Jetzt darf ich noch den Dritten in der Runde vorstellen: Herrn Frank Richter, der vorher auch schon ganz kurz angesprochen worden ist als Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Herr Richter ist von Haus aus studierter Theologe; er war zunächst katholischer Pfarrer, bevor er laiiert wurde. Ganz wichtig für unser Thema ist, dass uns Herr Richter in den letzten Wochen als ein bemerkenswert mutiger Mann begegnet ist, wo einige darüber diskutiert haben – auch hier, nicht nur in Sachsen –, ob es die richtige Entscheidung war, Pegida-Presskonferenzen in der Landeszentrale für politische Bildung, einer unabhängigen, einer überparteilichen Einrichtung, stattfinden zu lassen. Herr Richter war aber auch schon früher ein mutiger Mann. Er hat am Ende der DDR, in der Phase der friedlichen Revolution, bereits Verhandlungen zwischen den oppositionellen Demonstranten und dem Vertreter der DDR-Staatsmacht in Dresden geführt und auch schon damals bewiesen, dass er ein standhafter Mensch ist. Ich freue mich sehr, dass Sie heute

den Weg von Dresden auf sich genommen haben. Herr Richter ist jemand, den man in den letzten paar Monaten fast nicht erreicht hat, weil dieses Thema Pegida schlicht und ergreifend für ihn tag-, nacht- und wochenfüllend ist. Herr Richter, ich würde auch gerne gleich den Bezug herstellen zwischen Pegida und dem, was wir gerade von Professor Nassehi gehört haben, und auch dieser Frage nach der Überforderung von vielen – oder vielleicht sogar von uns allen – durch Modernisierungsprozesse. Und ich möchte das gerne mit der Frage verbinden, ob Sie folgende Einschätzung teilen – ich zitiere Herrn Jörges selten, und dass er heute gleich zweimal zitiert wird, ist einfach Zufall, aber da hat er meines Erachtens eine interessante Feststellung getroffen – Herr Jörges hat neulich gesagt und damit eine These vom Ost-West-Unterschied aufgestellt: Das Land werde durch eine Mauer des Misstrauens getrennt. Dieses Misstrauen sei in Ostdeutschland wesentlich stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Mich würde interessieren, Herr Richter, wie Sie das einschätzen: Ob man diesen Unterschied zwischen Ost und West tatsächlich darauf zurückführen kann, dass die gesellschaftliche Modernisierung in den sogenannten neuen Ländern im Osten der Republik die Leute nach 1990 mit viel mehr Veränderung konfrontiert hat. – Oder ob Sie sagen würden: Nein, das sind Themen, die treffen in der ganzen Republik zu und wirken vielleicht auch über die Republik hinaus.

Frank Richter (Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung): Zunächst vielen Dank für die Einladung und für die freundliche Begrüßung, für die guten Worte, die auch schon an mich gerichtet worden sind. Ich fühle mich ganz sicher, wenn ich Ihnen über Pegida berichte und damit Pegida in Dresden meine. Schon Legida in Leipzig stellt sich als ein ganz anderes Phänomen dar. Wir haben Südiga, wir haben Magida, wir haben Kögida gehabt: eine Marke – hier war ein Marketingexperte unterwegs –, hinter der oft wenig politische Substanz steckt. Insofern scheint mir dies manchmal auch ein Bild für unsere Gesellschaft zu sein. Von Dresden und damit auch von der Landeshauptstadt in Sachsen kann ich, so meine ich, belastbar berichten. Es handelt sich um ein langsam deutlicher sich strukturierendes, aber immer noch sich als ziemlich diffus darstellendes Phänomen. Auch wenn man Hans-Joachim Maaz nicht zu oft in Anspruch nehmen sollte, hier sollte man ihn in Anspruch nehmen: Es ist der Ausdruck eines Problemstaus und auch eines Gefühlsstaus, der sich insbesondere an dieser, in dieser und um diese konservativ grundierte Stadt Dresden darstellt, die sich für Demonstrationen immer schon gut geeignet hat. Ich bin am Anfang – das war Mitte November – in die Phänomenologie-Falle getappt, in die viele getappt sind, gerade auch die Medien, weil sich das Ganze wie eine rechtsextremistische Demonstration darstellte, vornehmlich am 13. Februar; in Dresden gut bekannt. Die Etikettierungen waren dann ganz schnell bei der Hand: „eine Schande für

Deutschland“, „Mischpoke“, „das gehört nicht zu Deutschland.“ Die Kanzlerin hat in ihrer Neujahrsansprache auch nichts besonders Hilfreiches für uns Dresdner gesagt: „Menschen, die mit kaltem Herzen da unterwegs sind.“ Die Etikettierungen waren ganz schnell zur Hand und ich selbst habe mich auch öffentlich entschuldigt. Da war wenig Bereitschaft, genau hinzuschauen. Als wir dann genau hinschauten, entdeckten wir – ich zumindest – dieses Sammelsurium aus unterschiedlichsten Problemlagen, unterschiedlichsten Gefühlslagen, die sich da alle versammelt hatten und die natürlich Leuten gefolgt sind, denen man eigentlich nicht folgen darf. Wir haben Hetzreden gehört, wir haben von der Bühne wirklich Schreckliches gehört, Ausländerfeindliches, Fremdenfeindliches, Rassistisches. Einen Satz habe ich mir gemerkt, man muss ja belastbar argumentieren können: „Mit jedem Asylbewerberheim, das wir in Sachsen eröffnen, geben wir ein Stück unserer eigenen Heimat preis.“ Das wurde da gesagt und es wurde applaudiert, ohne darüber nachzudenken. Aber nur verständlich, wenn man genau hinschaut. Es gibt mittlerweile auch belastbare Untersuchungen – die eine mehr, die andere weniger belastbar – und was zeigt sich? Es zeigen sich mehrere Gruppen. Sachsen hat, so sagen die Extremismus-Forscher, tatsächlich einen hohen rechtsextremistischen Belastungsgrad, das kann man auch erklären. NPD-Kader sind da auch mit unterwegs, gar keine Frage. Wir haben eine große Gruppe, die selten in den Blick kommt und die auch schwierig zu begreifen ist: Da sind viele Hooligans, die gibt es, glaube ich bei allen Fußballvereinen, aber eben auch speziell bei Dynamo Dresden. Wenn Sie sich in der Nähe von vielen Hooligans bewegen, dann kommen Sie sich vor wie in Abrahams Schoß. Das heißt, man fühlt sich ganz geborgen. Sie werden dann auch sehr oft fotografiert und geben auch ein Bild ab. Dann haben wir eine große Gruppe – jetzt komme ich endlich auf Ihre Frage, Frau Münch –, von der ich sagen würde, dass sie wahrscheinlich seit 20, 25 Jahren Probleme und auch Gefühle mit sich rumschleppt und mit manchen Globalisierungssphänomen überfordert ist. Das ist heute schon gesagt worden, aber die Globalisierungssphänomene, die wir haben, die werden noch getoppt von den Transformationsproblemen, die viele Menschen im Osten des Landes mitgemacht haben. Da ist für viele mental, kulturell, politisch, ökonomisch in den letzten 25 Jahren kein Stein auf dem anderen geblieben. Und das bei einer ständigen Abwanderung von vielen jungen Leuten, die gerade auch im Westen gut untergekommen sind. Das heißt, wir haben eine besonders schwierige demografische Entwicklung in Teilen Sachsens, im Osten, und wir haben sehr viele sogenannte Leistungsträger, die weggegangen sind. Da hat sich in manchen Regionen wirklich vieles angestaut und jetzt kommt etwas Neues ins Land, nämlich viele Flüchtlinge. So viele sind es zahlenmäßig ja gar nicht, aber es ist eine gefühlte Bedrohung, auch noch verbunden mit einer sich als stark und robust erweisenden Religion, nämlich dem Islam. Religion ist im Osten besonders unbekannt, das heißt, es sagen ohnehin nur 20 Prozent,

dass sie zum Religiösen eine Beziehung haben, und jetzt kommt nicht nur Fremdes, Kulturelles, Ethnisches, jetzt kommt auch eine starke Religion daher, und bei Pegida scheint es in der Summe das zu sein, was viele auf die Straße getrieben hat. Übrigens wurde die erste sogenannte Pegida-Demonstration ausgelöst durch eine sehr politische Frage: „Soll Deutschland Waffen an die Kurden liefern?“ – Das war der erste Auslöser einer Demonstration, wo einige wenige Hunderte sich in Dresden auf die Straße begeben haben und sagten: „Nein, wir sind dagegen, dass die PKK mit deutschen Waffen ausgerüstet wird.“ Dann entwickelte sich nach und nach dieses von mir beschriebene Sammelsurium. Das Symbolkapital der friedlichen Revolution wurde auf eine sehr intelligente Weise – Sie werden mir abnehmen, dass ich das nicht gerne sage – abgeschöpft: Montagabend, „Wir sind das Volk“ und „Keine Gewalt“. Die Organisatoren haben den größten Wert darauf gelegt, zu sagen: Bitte, von unseren Reihen darf keine Provokation ausgehen. Ich habe dieses wirklich bedrohliche Wort gehört: „Von jetzt ab ist jeder von euch Ordner, weil von uns keine Provokation ausgehen darf.“ Das heißt, die Symbolik der friedlichen Revolution wurde abgeschöpft. Die Menschen, die dort am Werke waren, haben sich des Musters bedient, was sie zum Teil von vor 25 Jahren noch kannten oder was ihnen die Politikwissenschaft und die Medien seit 25 Jahren als ein besonders großartiges Ereignis der jüngsten deutschen Geschichte vorgehalten haben. Das Misstrauen der repräsentativen Demokratie, der Politik gegenüber, das ist hier – habe ich eben gehört – möglicherweise ähnlich wie im Osten. Im Osten ist es aus verschiedenen Gründen anders, und das wird konterkariert mit diesem Muster der friedlichen Revolution der Montagsdemonstration. Deswegen fand ich es ein besonders schwaches Gegenargument, dass einige meiner Kollegen Bürgerrechtler gesagt haben: „Wieso rufen die denn jetzt ‚Wir sind ein Volk‘ und demonstrieren am Montagabend? Das haben wir doch damals gemacht.“ – Als hätten wir das von damals gepachtet. Wir haben das damals gemacht, aber das kann man heute wieder tun und zwar ohne Angst. Dieses Argument fand ich schwach. Wir haben, wenn ich das am Ende sagen darf, einen ähnlichen Namen, aber wir haben im Osten, speziell in Sachsen und noch mal speziell in Dresden ein ganz besonderes Phänomen, das genau diese Ursachen in Summe hat, die ich jetzt versucht habe, zu beschreiben.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank, Herr Richter. – Herr Nassehi, Sie hatten in Ihrem Vortrag angesprochen, dass die Modernisierungsprozesse Prozesse sind, die auch als Überlastung wahrgenommen werden: als persönliche Überlastung, als Überlastung im eigenen Umfeld, und dass zu dieser Überlastung dazugehört, dass man noch nach dieser Unterscheidung zwischen Freund und Feind sucht, dass sie einem aber – wenn ich Sie richtig verstanden habe – auch immer wieder abhandenkommt. Ist das mit ein Grund dafür, dass man sich in der Ablehnung und in

den Protesten auf das Fremde konzentriert?

Prof. Dr. Armin Nassehi: Ich würde nicht sagen, dass wir unbedingt Feinde brauchen. Man kann es an sich selber auch sehen: Wann brauchen wir eigentlich eine einfache Erklärung? Eine einfache Erklärung brauchen wir immer dann, wenn die Situation kompliziert ist. Gelungene Vergesellschaftung zeichnet sich doch dadurch aus, dass die Dinge irgendwie von selber funktionieren. Wir tun immer so – das ist in den Sozialwissenschaften zurzeit eine ganz interessante Diskussion –, als würden wir unsere Leben in dem Sinne sehr bewusst führen, dass wir für alles, was wir tun, einen komplizierten rationalen Plan haben. Aber Leben funktionieren ganz anders. Die funktionieren irgendwie mit einer Alltagsroutine, und solange die nicht zu sehr gestört wird, sind wir eigentlich Abweichungen gegenüber unglaublich tolerant. Das ist kein großes Problem. Je moderner eine Gesellschaft ist, umso mehr können wir auch mit solchen Abweichungen relativ problemlos umgehen, und wir merken ja – ich habe im Vortrag darauf hingewiesen –, dass die kulturelle Modernisierung auch der Bundesrepublik sich tatsächlich dadurch auszeichnet, dass Vieles von dem, was in den Fünfziger- und auch in den Sechzigerjahren noch an Pluralität gar nicht möglich war, inzwischen ausgehalten wird. Wir sind daran gewöhnt, dass wir Sachen irgendwie blöd finden, aber sie stören uns nicht weiter. Es gibt eine friedliche Koexistenz. Wenn dies zur Bedrohung wird – das heißt, wenn wir zum Beispiel nicht wissen, wie künftige Lebenspläne weitergehen können, wie ökonomische Integration möglich ist, wie eine Erklärung von schwierigen Phänomenen mit bekannten Mustern möglich ist –, dann brauchen wir das, was ich analoge Erklärungen genannt habe; und dafür sind Feinde einfach super. Feindbilder zeichnen sich dadurch aus, dass es gar nicht um Feinde geht, sondern um Feindbilder. Das Blödeste am Feind ist, wenn er sich anders verhält, als das Bild es eigentlich sagt. Das ist interessanterweise so, dass das sowohl für den Fremden gilt, als auch – das war übrigens für mich wirklich eine Erfahrung in meinem langen, mittlerweile publizierten Briefwechsel mit Götz Kubitschek, also mit jemandem, mit dem ein normaler, bürgerlich liberaler Mensch normalerweise in der Öffentlichkeit nicht redet; ich werde auch noch ordentlich eins auf den Deckel dafür bekommen, da bin ich mir sicher – jedenfalls stellt man bei einer Annäherung plötzlich fest, dass das auch Leute sind, die zu argumentieren versuchen. Auf einmal ist der Feind sozusagen gar nicht mehr dämonisch, sondern wir stellen fest, dass man argumentieren kann. Selbst wenn ich sehe, dass ein Argument grundfalsch ist, und ich halte es für das falscheste Argument, das man haben kann, ändert sich auf einmal das Bild der Person, und ich glaube, das ist das, was nicht nur politische Bildung ausmacht, sondern was Bildungsprozesse überhaupt ausmacht: sich mit Dingen zu konfrontieren, mit denen man normalerweise nicht konfrontiert wird. Ich meine, das gilt auch schon für Ästhetisches.

Wer kann etwas Ästhetisches wahrnehmen? – Nur wenn er das zuvor als fremd wahrgenommen hat und es irgendwie integrieren kann. Wer kann mit neuer Musik umgehen? Wer kann mit neuen Erfahrungen umgehen? Wer kann damit umgehen, dass es Männer gibt, die keine Haare auf dem Kopf haben, wenn er das vorher nicht kannte? Nehmen Sie ruhig diese banalen Beispiele. Das sind Dinge, die wir nur dann ertragen können, wenn es Situationen gibt, in denen wir feststellen, dass sie nicht bedrohlich sind. Wenn die Dinge weit weg sind, dann dienen sie dazu, die Bedrohlichkeiten in klaren, analogen Erklärungen auszuführen. Ich glaube, das ist genau das Problem. Ich habe versucht, das in dieser komischen Formel des Gesichtsverlustes zu beschreiben. Wenn also jemand zu mir kommt und sich bedroht fühlt, und ich sage ihm auch noch: „Du bist ein Schuft!“, dann wird er sich nicht weniger bedroht fühlen. Es ist aber auch keine Alternative, ihm mit so einem Paternalismus zu sagen: „Du hast natürlich recht“, ihm über den Kopf zu streichen und damit letztlich auszudrücken: „Du bist sowieso doof, wir gucken mal, wie wir dich jetzt irgendwie einhegen können.“ Die interessante Frage ist – und das gehört auch zu einer gewissen Grundliberalität dazu –, wie man das, was man ablehnt, trotzdem ernstnehmen kann. Und das gehört vielleicht zu einer modernen Kultur, in der wir mit diesen Überlastungen besser umgehen können.

Prof. Dr. Ursula Münch: Die Notwendigkeit, Feindbilder aufrechtzuerhalten, sagen Sie, lebt dann davon, dass diese Feindbilder im Grunde möglichst abstrakt bleiben und sich nicht konkretisieren, auch bezogen auf Ausländer. Ich tue mich mit meinem Feindbild leichter, wenn ich die Asylbewerber nicht persönlich kenne. Gilt vielleicht auch für den Beruf des Politikers. Ich tue mich leichter, wenn ich mich noch mit keinem unterhalten habe.

Prof. Dr. Armin Nassehi: Im Moment vielleicht schon, aber auf die Dauer nicht. Wenn man das noch einmal auf die Fremdenfeindlichkeit bezieht: Ich habe meine Jugend in Gelsenkirchen verbracht. In Gelsenkirchen gab und gibt es Stadtteile, die sind fest in türkischer Hand. Damit gab es damals eigentlich relativ wenige Probleme. Interessanterweise spielte ja der Islam so gut wie überhaupt keine Rolle. Die Leute haben zusammen gearbeitet, ja sie haben im Pütt – das ist unter der Erde – Witze gemacht: Da sieht man sowieso nicht, wer der Dunklere ist, weil sie alle schwarz waren. Und so einen Witz können sie nur in einer Situation machen, in der es nicht bedrohlich ist, dass diese Fremdheiten etwas bedeuten. Die gleichen Familien wurden erst eineinhalb, zwei Generationen später islamisiert. Die kamen nicht mit dem Islam nach Deutschland, die haben das in Gelsenkirchen gelernt. Ich bin in Gelsenkirchen katholisch geworden. Das ist sozusagen die Idee: Wenn man Feindbilder so behandelt, wie sie sein sollen, dann werden die sich

auch so verhalten wie Feindbilder. Und das ist genau das Problem. Das kennen wir doch auch in ganz banalen Familiensituationen. Wenn ich in der Erziehung permanent ein Kind für bestimmte Vergehen verantwortlich mache – Labeling Approach nennt man das –, dann verhält sich das Kind auch irgendwann so, dass der Vorwurf stimmt. Ich glaube, das sind ganz kleine Mechanismen, an denen wir lernen können, wie solche Integrationsprozesse stattfinden, und das gilt auch für Politiker. Das sind ja richtige Menschen. Wenn man sie gewissermaßen – das ist schon bewiesen – von Nahem sieht und auch feststellt, dass die Selbstzurechnung der Lösbarkeit aller Probleme per Order nicht zum Programm einer modernen Politik und auch einer modernen Demokratie gehört, dann würde wahrscheinlich auch die intellektuelle Durchdringung dessen, was im politischen Prozess eigentlich passiert, viel einfacher gehen. Dieser einfache Mechanismus des Kompromisses – das verstehen die Leute nicht, dass der Kompromiss eigentlich das ist, was die Demokratie ausmacht, und nicht: Wie kriege ich das, was ich eigentlich will, unbedingt durch? Wir erleben sozusagen eine Demokratie an dem Verlierer: dass er loyal bleiben muss. Dass die Gewinner loyal sind, das ist irgendwie trivial. Der Verlierer muss es sein, also müssen wir mit ihm entsprechend umgehen. Verlierer heißt immer: der, der nicht seine Maximalforderungen durchbringt.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Oberreuter, um noch mal auf Pegida zurückzukommen: Gelingt es oder gelingt es – Herr Richter hat kurz darauf hingewiesen, diese Demonstrationen finden ja nach wie vor statt – den Pegida-Anhängern eigentlich, auch deutlich zu machen, worin ihr Unbehagen liegt? Haben wir nach Ihrer Wahrnehmung eigentlich inzwischen verstanden, wogegen demonstriert wird, oder ist es nach wie vor etwas Diffuses?

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Zuallererst würde ich gerne wissen, nachdem Herr Nassehi in Gelsenkirchen katholisch geworden ist, ob er es in München bleiben durfte und ob er es auch geblieben ist? – Das hat mit Pegida nichts zu tun, aber es hat etwas zu tun mit dem Milieuwechsel, und das führt natürlich auch zum Thema. Ich glaube nicht, dass wir wahnsinnig große Erkenntnisfortschritte gewonnen haben. Der Kern der Pegida-Bewegung scheint mir in seinen Einstellungen unbeweglich zu bleiben und er ist damit auch nicht alleine. Die Peripherie scheint mir etwas nachdenklicher geworden zu sein. Die Frage ist, ob man, wie ich vorhin gesagt habe, einen *cordon sanitaire* um Radikale herum bilden kann und ob man dann nicht auch missbraucht wird oder ob man damit nicht missbräuchliche Herausforderungen des politischen Systems befördert. Das scheint mir ein Diskussionsgegenstand auf beiden Seiten zu sein. Der Kern diskutiert es weniger, der Kern verharret. Mir scheint es notwendig, das habe ich aber schon gesagt, auch mit dem Kern zu reden. Mir liegt aber auch ein bisschen dar-

an, noch ein Stück weit mehr zu differenzieren. Ich glaube schon, Herr Nassehi, dass man, wenn man Fremdes kennenlernt, wenn man andere Identitäten verstehen lernt, dass man durchaus auch die Einstellung entsprechend verändern kann. Das Schlimmste, was bei Pegida eigentlich passiert ist, ist die Inanspruchnahme: „Wir sind das Volk.“ Ich habe Anfang Februar in Dresden selber dazu geredet. Wer ist das Volk? Das Volk ist eine staatsrechtliche Größe, das Volk als solches ist ein Konglomerat von Pluralitäten. Das Volk für politische Positionen streitiger Art in Anspruch nehmen kann ich nur, wenn die Legitimität der Herrschaft in Zweifel gezogen ist – dann habe ich eine Frontstellung: Die Macht, die nicht legitim ist, und diejenigen, die unter der illegitimen Macht leiden, die sich artikulieren können und sagen: „Im Vergleich zu euch sind wir eigentlich diejenigen, in denen die Staatsgewalt ihre Wurzeln hat und für die ihr tätig sein könnt.“ Das geht. Aber der Rest ist eigentlich – das haben Sie zum Teil ausgesprochen, zum Teil unausgesprochen in Ihrem Referat deutlich gemacht – diese plurale Gesellschaft, die auf Pluralität, auf Individualisierung und auf Heterogenitäten beruht. Und das ist der Kern der Herausforderung: Wie kann ich mich wohlfühlen, wenn eigentlich alle anderen anders denken? Wie kann ich mich positionieren in der Gesellschaft, wenn der Anschein entsteht, dass meine Positionen der Political Correctness derartig widerstreben, dass sie illegitim sind und dass sie mit Äußerungsverboten belegt werden? Das ist der Kern, glaube ich, über den man sich auch mit dem Kernbereich von Pegida auseinandersetzen muss. Es gibt verwerfliche Argumente. Es gibt Argumente, denen man entgegentreten muss. Aber es gibt nicht die Freiheit der Politik oder von Mehrheiten, Argumente zu unterdrücken. Auseinandersetzen, das ist die Problematik. Was hat Herr Gabriel aushalten müssen, weil er sich bei Herrn Richters Disput hinten reingesetzt hat, um zuzuhören! Da gibt es einen mächtigen Politiker, der hört missliebigen Teilen des Volkes zu, um zu lernen, was die so denken und reden. Dann fällt der Rest der Republik über ihn her, als ob er selbst ein Systemverweigerer wäre. Eine derartige Perversität hätte ich mir eigentlich in unserer kommunikativen Demokratie nicht vorstellen können. Das ist in gewisser Weise, glaube ich, der Rundumschlag mit den Fragen: Verstehen wir es recht? Fühlen die sich verstanden? – Das fühlen sie sich nicht! Wo sind Ansatzpunkte, um die Peripherie zurückzugewinnen? Das geht auf die Differenzierung der Gesellschaft zurück. Die Moderne ist was anderes als ein Zustand, wo wir uns als Individuum wohlfühlen in unseren Milieus. Milieus spielen keine Rolle mehr, das ist übrigens auch – Frau Münch, weil Sie es angesprochen haben – die stärkste Herausforderung unserer politischen Parteien: dass die permanent nach Mehrheiten fischen, in Wahrheit aber diese Mehrheiten aus Minderheiten zusammensetzen müssen. 70 Prozent der kirchentreuen Katholiken wählen Unionsparteien. An der Gesamtwählerschaft machen die aber nur 7 Prozent aus. Also: 93 Prozent der Unionswähler müssen ganz woanders herkommen als von dort, wo

die Kernmilieus sind. Bei der Arbeiterbewegung ist es genau dasselbe. Das sind eigentlich die Fragen, die über unseren Pegida-Problembereich hinaus, aber auch als Teil desselben im Auge behalten werden müssen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Richter wollte jetzt aber nicht über Katholiken sprechen, obwohl ihm das auch naheliegt. Sie wollten noch mal auf den Punkt „Volk“ zu sprechen kommen. Das hat Sie etwas zum Protest oder zum Widerspruch gereizt.

Frank Richter: Dieser Ruf „Wir sind das Volk“, der in Dresden und vielleicht auch in Leipzig ertönt, den kann man nur vor dem historischen Hintergrund verstehen. Ich wiederhole: Die Menschen rufen das, was sie vor 25 Jahren schon mal gerufen haben oder was wir ihnen vorgehalten haben. Ich glaube, da sollten wir, um im Bild zu bleiben, nicht päpstlicher sein als der Papst. Sie haben nicht ganz Recht, denn sie sind natürlich nicht das Volk. Sie haben aber auch nicht ganz Unrecht, denn sie sind ein Teil des Volkes, und auf Demonstrationen wird nicht Kleingedrucktes gerufen, sondern da wird schon mal etwas über das Maß hinaus geschossen. Thema Lügenpresse: Ich habe oft die Diskussionen mit Journalisten geführt, dass das im Prinzip so nicht hinnehmbar ist, wenn man weiß, wo das Wort herkommt. Da könnte man gleich historisieren, aber andererseits kommt bei einer Demonstration so etwas schon mal vor. Damit ist auch etwas Richtiges gemeint, was man nicht ganz bestreiten kann. Ich sage das schon auch: Medienberichterstattung war nicht immer ganz präzise und hat auch konterkarierend gewirkt und die Bewegung noch mal angeheizt. Ich möchte aber einen anderen Begriff einführen, nämlich den Begriff des Wutbürgers. Bei mir im Haus hat sich mittlerweile eine auf jeden Fall mehr als 200 Personen betreffende Korrespondenz angesammelt; das heißt, Pegida-Sympathisanten oder auch strenge Gegner von Pegida haben mir geschrieben, nur aufgrund der einfachen Aussage, die ich mal in der Öffentlichkeit gemacht habe: Man müsste doch mal zuhören, bevor man urteilt. – Das alleine, in einem öffentlich-rechtlichen Rundfunksender in einer Sendung mal ausgesprochen, hat dafür gereicht, dass wir eine immense Korrespondenz hatten, wo Menschen plötzlich geschrieben haben und sagen: „Jetzt schreibe ich mal die ganze Problemlage an die Landeszentrale für politische Bildung.“ Ich habe darin natürlich auch das alte Eingabewesen der DDR wiedererkannt, wo man einfach an irgendeine politische Stelle alles schrieb, was einem so die letzten 20 Jahre an furchtbaren Dingen passiert ist. Manche haben unterschrieben mit „Herr Wutbürger sowieso“. Den Wutbürger allerdings habe ich das erste Mal bewusst bei Stuttgart 21 kennengelernt. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Tage, als ich mich vom Fernseher gar nicht trennen konnte, als Heiner Geißler mit meinem Kollegen – übrigens von der Landeszentrale, Herr Frick war

da in der Nähe – diese Moderationsrunden gemacht hat, die eigentlich zu spät kamen. Ich habe damals gelernt: Da laufen Prozesse in unserer hochkomplexen Welt ab, verwaltungstechnisch, politisch, demokratisch legitimiert korrekt, alles wie vorgesehen, und am Ende dieser langen Prozesse gehen Leute auf die Straße und sagen: „Wir wollen diesen Bahnhof nicht.“ – Obwohl doch alles korrekt gelaufen ist! Sie benehmen sich in einer Weise, die uns allen nicht gefallen kann. Der Staat hat meiner Meinung nach dann auch in mancher Weise nicht reagiert, was mir nicht gefallen hat, und das kam damals zum Ausdruck, und jetzt äußern sich Menschen wieder und bezeichnen sich selbst als Wutbürger. Ich habe daraus für mich und meine Einrichtung die Schlussfolgerung gezogen: Politische Aufklärung – das ist gesagt worden – reicht jetzt offenbar erstmals nicht aus. Belehrung schon gar nicht. Die Menschen wollen sozusagen nicht oberlehrerhaft erklärt bekommen, wie die Welt funktioniert und wie sie das alles verstehen müssen, sondern jetzt brauchen wir eine intelligente politische Kommunikation über Dinge, die sich offenbar angestaut haben, die nicht verstanden werden. Da brauchen wir ganz offene Formen. Das ist sozusagen Propädeutik, das ist noch nicht politische Bildung im eigentlichen Sinn, sondern Vorfeldarbeit, damit irgendwann auch mal der Kopf freigeworden ist oder man eine Gesprächssituation erzeugt hat, in der all das erklärt werden kann, was uns so wichtig ist, dass es erklärt wird. Ich glaube – das würde ich mir jetzt mal erlauben, als ein Resümee hier in die Runde zu geben; das ist eine Lehre, die ich gezogen habe –, wir brauchen offenbar in dieser komplizierten Welt intelligentere, ungewohnte Formen der politischen Kommunikation. Andere jedenfalls, als wir sie traditionell in der politischen Bildung oder auch in der Politik selbst bisher kennen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Die gibt es?

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Die gibt es wirklich und die sind sogar in Bayern schon ausprobiert worden mit Bürgerforen und ähnlichen Dingen mehr, wo man auch repräsentative Gruppen der Bevölkerung, also nicht spontan, sondern ziemlich repräsentativ ausgewählt mit Moderatoren zusammenspannt, wo man sie aufklärt, wo man sie zum Bürgergutachten bringt. Die Schweiz macht es, Argentinien macht es, Finnland – weltweit gibt es solche Projekte. In Bayern, glaube ich, sind 20 oder 30 gelaufen, die das öffentliche Klima aber letztendlich nicht sonderlich beeinflusst haben. Wenn Sie Stuttgart ansprechen – so spontan war viele Wut nicht. Professor Rucht hat herausgebracht, dass 70 oder noch mehr Prozent der Bürger mit einer politischen Voreinstellung dort hingegangen sind, weil sie sich in den vorherigen Kommunikationsprozessen nicht durchzusetzen vermochten. Bei den Geißlerischen Schiedsgerichtsverhandlungen, die man demokratietheoretisch mal in einer besonderen Weise klassifizieren müsste, waren

viele Leute am Runden Tisch, die vorher in den parlamentarischen und juristischen Verfahren unterlegen waren; die haben im Vergleich zum Normalbürger eine zweite Chance bekommen – so einfach liegen die Dinge da nicht. Aber ich gebe Ihnen recht, wir müssten mit diesen Formen mehr arbeiten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Nassehi, dieses Nachdenken über intelligentere Formen des Mitwirkenlassens, den Bürgern das Gefühl zu geben, dass sie jetzt nicht nur zu Wahlen aufgerufen werden, sondern sich auch dazwischen noch beteiligen können – wir haben gerade das eine Beispiel gehört; Herr Richter hat danach gefragt. Sie sprechen in Ihrem Buch an einer Stelle auch Überlegungen an, wie man das Repräsentationsprinzip ergänzen könnte, sollte, müsste. Wenn wir über Ergänzungen zum Repräsentationsprinzip nachdenken, dann denken wir normalerweise immer an Formen der direkten Demokratie. Das ist in Bayern ohnehin besonders naheliegend, wo es sie nun auch seit Anbeginn gibt. Wir denken gelegentlich dann auch noch an die bereits angesprochene Form der Partizipation. Kann man auch anders denken? Gibt es Ihres Erachtens noch sinnvollere Möglichkeiten, über Ergänzungen zum Repräsentationsprinzip nachzudenken?

Prof. Dr. Armin Nassehi: Dazu würde ich gerne zwei Dinge sagen. Ich komme gleich direkt auf die Frage: Es ist in der Tat so, dass wir – Herr Richter, ich finde das sehr spannend, wie Sie das beschreiben aus der Pegida, es hat unmittelbar damit zu tun – aus der Pegida-Geschichte viel mehr lernen können als nur etwas über Pegida. Wir sind ja jetzt hier im Bayerischen Landtag, mit unterschiedlichen Fraktionen, unterschiedlichen Parteien. Woran doch alle Parteien zurzeit ein bisschen knapsen, das ist die Frage der Programmatiken. Ich kenne keine Partei, die sich zurzeit nicht Gedanken über ihre grundlegende Orientierung macht. Was heißt das eigentlich heute, konservativ zu sein? Was heißt das eigentlich heute, sozialdemokratisch zu sein? Am dramatischsten ist vielleicht die Frage: Was heißt es heute, liberal zu sein? Es ist übrigens interessant, dass die sagen: „Wir sind das Volk.“ Es hat eine noch viel, viel längere Tradition: Schon John Locke ist gegen den Absolutismus. Das ist purer Liberalismus, wenn man so denkt. Das ist nicht trivial, glaube ich, und nicht nur von akademischem Interesse, über solche Programmatiken tatsächlich neu nachzudenken. Für die GRÜNEN ist es auch ein interessantes Problem: „Sind wir eigentlich konservativ oder noch konservativer, als man eigentlich denkt, weil man ja auch eingelebt ist und so weiter.“ Das sind spannende Diskussionen, an denen sich tatsächlich zeigt, dass dieses Repräsentationsproblem nicht nur etwas mit Gruppen in der Gesellschaft zu tun hat, sondern auch mit Problemlagen. Die Programmatiken waren eigentlich immer in der Lage, Problemlagen abzubilden. Sie spielen auf das Buch an, Frau Münch. Das ist eigentlich eine naive Idee, aber ich werde auch dafür bezahlt, mal etwas Naives

sagen zu können; wir dürfen das, im Vergleich zu anderen Leuten – wir sind nicht umsonst hier im Senatssaal, das ist ganz interessant. Die zweite Kammer gibt es in Bayern nicht mehr. Wenn man von Repräsentation der Gesellschaft im politischen Prozess spricht, denken wir fast immer an Gruppen. Das heißt, wir denken eigentlich immer an Menschen oder Milieus oder Schichten und Interessen, die abgebildet werden sollen. Es ist doch ganz interessant, dass die Desintegrationen der modernen Gesellschaft – ich habe es im Vortrag angedeutet – vor allem auch daran krankten, dass wir unterschiedliche Logiken haben, die eigentlich nicht miteinander reden können. Wie können eigentlich ökonomische, politische, wissenschaftliche, religiöse, kulturelle Akteure heute eine gemeinsame Sprache finden, ohne in Sonntagsreden so zu tun, als würden sie alle am gleichen Strang ziehen? Sie können nicht am gleichen Strang ziehen, weil sie unterschiedliche Probleme lösen müssen. Und meine Idee war: Müsste man nicht eine Kammer haben, in der – fast wie in einer mittelalterlichen Ständeordnung – nicht die Stände, aber so eine Idee von unterschiedlichen Logiken drin ist, wo sozusagen jemand, der politische Entscheidungen trifft, mal lernen muss, was eigentlich die Restriktionen des Ökonomischen sind, und um zu lernen, worin die Restriktionen des Politischen bestehen. Der Vorschlag ist total naiv, weil er natürlich so tut, als könne man das jenseits von Interessen machen. Aber es ist nötig, zumindest darüber nachzudenken, dass diese Gesellschaft öfter Orte braucht, an denen diese unterschiedlichen Logiken aufeinandertreffen und zumindest versuchen müssen, sich wechselseitig zu verstehen. Wenn ich das auch weniger freundlich sagen darf: Eine Kompetenz, die eine ganz bestimmte Gruppe der Gesellschaft hat, scheint nicht ganz unwichtig zu sein, nämlich die Sozialfigur des Betrügers. Der Betrüger hat eine ganz besondere Kompetenz. Er muss nämlich in der Lage sein, tatsächlich genau das zu tun, was ich gerade meinte: sich in die Perspektive des anderen hineinzuversetzen, um zu wissen, was er tut. Und das ist kein Plädoyer dafür, dass wir alle Betrüger werden sollten oder jetzt zugeben, dass wir es schon länger sind, sondern das ist eher ein Hinweis darauf: Was sind eigentlich ganz empirisch betrachtet die Kompetenzen, die mich dazu bringen, tatsächlich Wirkung zu erzielen? Das ist oftmals nicht das bessere Argument, sondern das ist die Einschätzung meines Gegenübers, das ist, das Gegenüber wirklich ernst zu nehmen, das heißt, in der Lage zu sein, dessen Restriktionen für meine eigenen Zwecke in Anspruch zu nehmen, wohl wissend, dass der das mit meinen auch macht. Vielleicht muss es dafür Orte geben, diese repräsentativen Formen, von denen Sie gerade gesprochen haben – das sind solche Orte –, aber auch manche öffentlichen Diskurse. Wir diskutieren dieses Jahr über den ärztlich assistierten Suizid. Das ist eine wichtige Frage. Da geht es nicht nur um die Frage, was wir moralisch wollen oder nicht wollen, da geht es auch um die Frage, dass zum Beispiel unterschiedliche Logiken, die damit zu tun haben – eine rechtliche, eine medizinische, eine religiöse, eine kulturelle,

eine familiäre –, nicht einfach aufeinander abbildbar sind und dass man da nicht nur eine Lösung machen kann mit einem Algorithmus, mit dem das funktioniert. Das wäre Einübung in Modernität! So was stelle ich mir vor. Vielleicht ist das die Naivität des Universitätslehrers, der bisweilen Räume dafür hat, aber das wäre das, was wir dazu beitragen könnten, und das wäre vielleicht nicht so schlecht.

Prof. Dr. Ursula Münch: Ganz herzlichen Dank. – Das war jetzt der Beitrag der Naiven, zum Teil naiven, sich zum Teil naiv sich Erklärenden, zum Teil tatsächlich naiv Seienden – das lassen wir jetzt mal offen, welche verschiedenen...

Prof. Dr. Armin Nassehi: Wer mehr perfide als naiv ist?

Prof. Dr. Ursula Münch: Ja. – Das lassen wir jetzt mal offen. Ich würde vorschlagen, dass Sie jetzt die Gelegenheit ergreifen sollten, zumindest noch die eine oder der andere von Ihnen, die eine oder andere Frage zu stellen. Es gilt das übliche Prozedere, dass Sie sich bitte zu Wort melden, sich ganz kurz vorstellen und eine möglichst knappe, genau formulierte und bei uns verständlich ankommende Frage stellen. Dafür wären wir dankbar, und wenn Sie dann noch sagen, an wen Sie die Frage richten, helfen Sie auch noch ein bisschen bei der Kommunikation. Ich würde vorschlagen, wir sammeln drei Fragen und gehen dann in die Antwortrunde.

Richard Drexel (Präsident des Bayerischen Soldatenbundes): Die Pegida-Demonstration hat unser Land aufgewühlt und hat für Diskussionen gesorgt. Was mich massiv gestört hat, war der Punkt, dass von Anfang an nur diffamiert wurde. Diffamierung ist keine Basis für sachliche Auseinandersetzung. Herr Richter, Sie haben das wunderbar aufgezeigt: Es geht darum, mit den Menschen, die anderer Meinung sind, ins Gespräch zu kommen. Mit Diffamierung komme ich nicht ins Gespräch. Das halte ich für fatal. Es waren sich alle einig: Ob Stimmen im Radio, Rundfunk, Fernsehen, in Zeitungen, Stimmen aus den Parteien – es wurde nur diffamiert, es wurde nur schlechtgeredet, es wurden alle als Rechtsradikale tituiert und das Gespräch hat man verweigert. Die Freiheit des Wortes ist die Grundlage für unseren Staat, so wie er heute funktioniert. Dazu gehört das Demonstrationsrecht und danach kommt lange nichts. Das ist das Allererste, und insofern sage ich: Diffamierung ist kein Mittel der demokratischen Auseinandersetzung.

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank für die Feststellung. Das war keine Frage, auf die wir eingehen müssen. – Wenn Sie gleich als Nächstes bitte ans Mikrofon gehen? Danke.

Fragesteller: Ich wollte zum Funktionieren der Demokratie ein paar Phänomene nennen und Sie dann fragen: Was machen wir denn da? Die Energiewende ist eine sehr große Herausforderung mit einer einfachen Prämisse: Die konventionellen Energien gehen zur Jahrhundertwende aus. Das Volk tut sich sehr schwer, das zu glauben. Sehen Sie nach Inning, da wurden gerade wieder drei Windanlagen abgelehnt. Wenn Sie in den letzten Jahren hunderte Leserbriefe lesen, dann sehen Sie ungeheuer viele Ausflüchte und keiner will es vor seiner Tür. Da frage ich die Soziologen: Müssen wir bei diesen Bürgerabstimmungen vielleicht an die griechische Polis denken? Die haben damals auch bereits Bremsen eingebaut gegen eine – ich muss es leider so sagen – Ochlokratie. Nun hänge ich was ganz anderes noch an: Ich nenne mal das Aufkommen des Islamismus in Deutschland und Europa. Das wäre mal was für die Soziologen: Eine Meldung letzte Woche von einer Grundschule in Neu-Ulm, wo die Sechs- bis Zehnjährigen, die normal in der Grundschule sind, sagten: „Die Christen muss man umbringen.“ Wo haben die das gelernt? – Da vermute ich: bei den sogenannten „Gemäßigten“. Und da frage ich jetzt die Soziologen: Da sind wir herausgefordert. Was denken Sie, ist zu tun?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. Wir nehmen noch eine Frage hinzu.

Fragestellerin: Herr Nassehi, ich wollte eigentlich Ihrer Naivität eine wahrscheinlich noch naivere, neugierige Frage entgegenstellen. Es gibt doch in unserer Gesellschaft ganz viele Persönlichkeiten, die in allen diesen Logiken in einer Person zuhause sind: Politik, Wirtschaft. Im Aufsichtsrat sitzen Minister und ich weiß nicht, wer noch, und welche verschiedenen Hüte sie aufhaben. Sind das alles multiple Persönlichkeiten, die wirklich sauber getrennt jeweils dieser Logik verfallen und argumentieren, oder besteht eine Chance, in Ihre Richtung weiterzudenken, ob es Vermittlungsdiskussionen und Verständigungsformen gibt, die vielleicht aus solchen Feindbildern und der Sehnsucht – ich glaube, es sind ja Sehnsüchte – nach Feindbildern wieder herausfinden können?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. – Sie sind sehr oft angesprochen worden, Herr Nassehi. Wenn Sie mal anfangen?

Prof. Dr. Armin Nassehi: Vielleicht zunächst zu den multiplen Persönlichkeiten. Es gibt so einen interessanten Mythos, den nenne ich den Goethe-Mythos. Goethe wird zugeschrieben, fast in allen Wissensfeldern seiner Zeit ein Experte gewesen zu sein. Vielleicht stellen wir uns so – als Mythos wohlgemerkt – besondere Kompetenz vor. Aber jetzt als ernsthafte Antwort: Ich habe mir viele Gedanken darüber gemacht, was Eliten in dieser Gesellschaft eigentlich können müssen. Wir kennen den Begriff der „versäulten Teileliten“ von Ralf Dahrendorf; das sind

sozusagen diejenigen, die in einer Säule sehr erfolgreich sind und ihre Sachen ganz toll machen. Heute brauchen wir wahrscheinlich tatsächlich Leute, die nicht alles können. Das wäre ja unfassbar naiv, das anzunehmen, und wahrscheinlich auch pathologisch – Ihr Hinweis auf die multiplen Persönlichkeiten! Aber zumindest die Idee, dass Eliten in der Lage sein müssen, zu erkennen, dass wir in so einer modernen Gesellschaft mit diesen unterschiedlichen Orientierungen, diesen unterschiedlichen Erfolgsbedingungen, mit den jeweiligen Grenzen dieser unterschiedlichen Funktionen umgehen müssen – das ist eine große Herausforderung. Ich glaube, es ist auch eine Frage für die Bildungspolitik, da Eliten an Universitäten ausgebildet werden. Warum bilden wir weiter so versäult aus? Warum gibt es nicht einerseits starke Säulen, und andererseits viel mehr Möglichkeiten, Problemlösungskompetenzen in einer Kombination dieser unterschiedlichen Möglichkeiten hinzukriegen? Ich nenne das eine Übersetzungskompetenz, die wir brauchen, die sich – ganz anders als die klassische Industriegesellschaft – nicht mehr über die einzelnen Säulen stark macht. Das hört sich sehr abstrakt an. Aber wenn Sie das mal ganz konkret machen, dann können Sie in der Diskussion über die Schulpädagogik – und das wäre sozusagen auch zu der ersten Frage etwas –, die ja schon über Jahrzehnte läuft, etwa die Frage stellen: „Lernen wir Mathematik um der Mathematik willen oder lernen wir dabei gleichzeitig, was man damit alles machen kann? Lernen wir im Ethikunterricht, indem wir einen komplizierten Algorithmus lernen, oder lernen wir darin, dass das etwas bedeutet?“ Ich bin übrigens eher ein Anhänger des Religionsunterrichts als des Ethikunterrichts, weil wir dort womöglich in der Lage sind, so etwas wie kulturgeschichtliche Fragen auf heute zu beziehen. Das sind Übersetzungsprozesse, die wir viel, viel stärker machen müssen, als das die Tradition der modernen Industriegesellschaft verlangt. Sie sehen, die Lösungen finden wir immer in kleinen Schritten. Es gibt nicht diese eine große Lösung – „Das machen wir jetzt und dann wird es schon gehen!“ –, sondern das muss an verschiedenen Orten der Gesellschaft passieren, aber überall ist es eigentlich so etwas wie diese Übersetzungskompetenz. Diese Akademiegespräche sind auch so etwas Ähnliches, dass sich das Parlament die Kompetenzen anderer Strukturen reinholt. Das ist ja nicht so, dass das einfach eins zu eins übernommen wird, aber es wird zu Übersetzungs- und zu Lernprozessen führen. Das ist die einzige Chance, diese Dinge zu machen. Natürlich erscheinen einem die Prozesse, die man nicht gleich durchblickt, auch für die, die in diesen Prozessen selber drin stecken, als welche, die schwer steuerbar sind. Gerade die Energie- wende, über die man auch politisch sehr viel sagen könnte – das tue ich jetzt hier nicht –, ist so ein Beispiel eines Prozesses, der angestrengt wurde und der bisweilen Dynamiken entwickelt, die man vorher nicht so genau überblicken konnte. In den unterschiedlichsten Feldern ökonomischer Natur, unterschiedlicher Interessen regionalpolitischer Natur – was hoch interessant ist, welche Bedeutung

das hat – sind das nun mal die komplizierten Prozesse einer modernen Gesellschaft. Vielleicht bräuchte man dann mal Politik, die auch sagt, dass bisweilen die Planungsprozesse anders verlaufen, als man sich das vorgestellt hat. Vielleicht ist auch das naiv, aber auch das könnte zur Programmatik von Politik dazugehören, wie das übrigens auch bei Wissenschaftlern der Fall ist, die bisweilen auf Fragen antworten: „Ich weiß es nicht.“ Ich weiß nämlich nicht, was man zu dem Problem sagen soll, dass es zu solchen Ausfällen in Schulklassen kommt. Und dass diese ausgerechnet in der Zeitung stehen, ist kein Wunder. Wenn eine Schulklasse alles richtig macht, steht es meistens nicht in der Zeitung, aber es findet trotzdem statt.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dieser Pragmatismus, den Herr Nassehi gerade angesprochen hat – Herr Richter, hätten Sie dem auch zugestimmt? Pragmatismus – gerade jetzt mit Blick auf die in die Nähe des Islamismus zu rückenden Äußerungen von Jugendlichen oder sogar von Kindern. Wird das übertrieben in unserer Aufgeregtheit und in unserer Besorgtheit?

Frank Richter: Je länger ich diesem Gespräch hier mit großem Interesse folge, desto deutlicher stelle ich fest, dass sich die gesellschaftliche Situation in Sachsen wirklich maßgeblich noch mal anders darstellt als hier, zumindest vor dem Hintergrund des Pegida-Phänomens. Da ist etwas aufgebrochen. Ich will mal diesen etwas kühnen Vergleich nennen, aber ich habe ihn nicht erfunden: Möglicherweise erlebt die ostdeutsche Gesellschaft so etwas Ähnliches – bei aller Unvergleichbarkeit – wie die bundesrepublikanische 1968. 25 Jahre nach der friedlichen Revolution, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, 25 Jahre, nachdem wir dieses Land infrastrukturell doch so wunderbar aufgebaut haben – und äußerlich alles sich so hervorragend darstellt, man kann Sachsen doch vorzeigen, da kann man doch hinfahren, ist doch alles in Ordnung. „Ist doch alles in Ordnung“, sagen auch zu Recht viele Politiker – da platzt eine Blase und viele Menschen gehen auf die Straße und bringen damit zum Ausdruck: „Wir selber scheinen aber nicht mitgekommen zu sein. Wir geben zur Kenntnis: Das ist uns alles fremd. Jetzt kommt noch etwas Neues, Fremdes ins Land, nämlich der Islam und die Flüchtlinge, aber da hat sich an Fremdheiten schon vieles aufgestaut, und jetzt geben wir mal zur Kenntnis: Jetzt sind wir dran. Jetzt müsst ihr uns zuhören.“ Ich bin ein glühender Verteidiger der Demokratie, auch der repräsentativen Demokratie – selbst wenn es überhaupt keinen anderen Grund gäbe –, weil ich sie für ein lernfähiges System halte. Ich bin die ersten 30 Jahre in der DDR groß geworden. Das heißt, ich habe festgestellt: Der Staat muss nicht lernen, der weiß nämlich schon alles, es gibt sozusagen diese Eliten. Die Partei hat immer recht. Nein, die Demokratie ist ein lernfähiges System, deswegen habe ich selbst bei allen Belastungen, die mit

Pegida verbunden sind, eine positive Grundeinstellung dazu, denn hier wird auf der Straße deutlich, dass Menschen sich beteiligen wollen und sie machen der Politik auf eine besondere Weise Beine. Sie muss jetzt Antworten geben, auch wenn der ganze Anlass ein sehr unschöner ist. Ich darf Herrn Drexel von der Bundeswehr, der vorhin gesprochen hat, noch mal an dieser Stelle bestätigen: Diese Diffamierung, die wir erlebt haben, diese Gesprächsverweigerung oder die Gesprächsblockade auch vonseiten mancher Politiker, ging ja auch einher mit einer Widerspruchsverweigerung. Ich habe bei manchen Demonstrationen erlebt, dass es regelrecht auch einen Schrei nach Widerspruch und damit auch nach politischer Führung gab: „Erklärt uns doch bitte, wie das jetzt weitergeht, und widersprecht!“ – Wie spätpubertierende Kinder, die keinen Widerspruch erfahren und dann nochmal lauter rufen müssen. So hab ich das an mancher Stelle erlebt. Es ist auch ein Führungsdefizit festzustellen gewesen. Ich bleibe mal lieber bei der Betrachtung der Situation in Sachsen: Wenn wir da jetzt durchkommen, wenn wir das durchstehen, wenn alle Beteiligten lernen, wenn manchen Auswüchsen auch entschieden widersprochen wird – dann könnte die ostdeutsche Gesellschaft insgesamt gewinnen und lernen – „learning by doing“ –, dass die Demokratie als Staats- und Herrschaftsform auch eine Form des Zusammenlebens ist und Problemlösungskompetenz hat. Da muss daran gearbeitet werden. Ich bin aber von Natur aus Optimist und ich hoffe, dass wir das jetzt schaffen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Herr Oberreuter, ich habe Ihnen das Wort noch nicht erteilt – aber jetzt bekommen Sie es.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: Ich bin Ihnen zutiefst dankbar; das wollte ich erreichen. – Ich bin mir jetzt, Herr Richter, nicht ganz sicher, ob diese Analyse der ostdeutschen Gesellschaft nicht ein Stück weit zu pauschal ist und zu kritisch. Ich hab meine eigenen Fronterfahrungen in den Gründerjahren der Wiedervereinigung von '91 bis '93 in Dresden gesammelt. Ich habe das alles mitgekriegt, dass man sich zu kurz gekommen gefühlt hat. Ich habe vor allen Dingen mitgekriegt, dass dort eine Gesellschaft existierte, über die ein Experiment herein gebrochen ist, das ich keinem Westdeutschen zugemutet hätte. Ich weiß nicht, wie wir das weggesteckt hätten, wenn über Nacht nichts mehr gestimmt hätte, vom politischen System über die Krankenversicherung bis zur Sparkasse – nichts hat mehr gestimmt. Die Leute mussten sich auf alles neu einrichten und haben sich eigentlich da durchgequält und durchgerungen, und es gibt in der Tat auch nennenswerte Teile der ostdeutschen Mitbürger, die ihren Frieden mit der Demokratie gemacht haben. Aber es gibt auch diesen Teil, der ihn nicht gemacht hat, und es gibt diesen Teil mit einer bestimmten historischen Erfahrung. Sehr stark sind die alten Eliten betroffen, die aber ja nun mittlerweile aussterben. Ich meine,

die Mitgliedschaft der Linken neigt sich sozusagen in einer bedrohlichen und nicht bedauerlichen Weise dem biologischen Ende zu, wenn es auch den einen oder anderen jungen Studenten gibt, der mittlerweile da wieder hinstrebt. Aber ich würde schon versuchen, das Argument zu verteidigen, dass auch Ostdeutsche lernfähig sind und ich...

Frank Richter: Habe ich das gesagt?

Prof. Dr. Ursula Münch: Nein, Herr Richter.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter: ...habe übertrieben, gebe ich ja zu. Aber das wissen Sie ja von mir. Ich bin auch nicht ganz damit einverstanden, was Herr Nassehi gesagt hat. Wenn wir ihm folgen, gibt es eigentlich keine Strategie der Überzeugung. Die Leute sind festgezurr in ihren Feindbildern oder in ihren Gewöhnlichkeiten. Ich kann sie mit Alternativen nicht überzeugen, ich kann sie mit Kommunikation nicht überzeugen und ich kann sie auch mit Sachrationalität nicht überzeugen. So haben Sie das im Vortrag in gewisser Weise zum Ausdruck gebracht. Ich gebe Ihnen recht, es gibt bestimmte Segmente dieser Gesellschaft, auf die das zutrifft. Dass das aber grundsätzlich zutreffen soll, dass eine reale Annäherung an neue Erfahrungen, dass der Austausch von sachbezogenen Argumenten nichts bewirkt an Einsichtsfähigkeit und Bewegungsfähigkeit und an Positionierung im Pluralismus – das wäre dann eigentlich schon die große Frage, ob Demokratie überhaupt noch funktionsfähig ist. Können wir zum Kompromiss finden, der als solcher auch hinlänglich diffamiert ist in der deutschen politischen Kultur? Was hat es denn für einen Sinn, dass wir die freiheitlich demokratische Grundordnung in den Worten des Verfassungsgerichts mit der Schlussapothese charakterisieren: „Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition“? Das heißt, dieses System ist auch verfassungsrechtlich durch Argumentation und Widerspruch und die Chance der Überzeugung charakterisiert. Können wir nicht ein bisschen Optimismus bewahren, dass das wenigstens bei Teilen der Bevölkerung funktioniert, und müssen wir nicht vielleicht auch in dieser Hinsicht ein bisschen naiver sein, als wir es im Augenblick sind?

Prof. Dr. Ursula Münch: Mit Naivität können Sie Herrn Nassehi immer locken – jetzt noch einen kleinen Schuss Optimismus und dann kriegen Sie sogar das Schlusswort.

Prof. Dr. Armin Nassehi: Ich hatte mich eigentlich für vergleichsweise optimistisch gehalten. Was ich zu sagen versucht habe, ist ja: Wenn ich etwa die Parteien adressiere, dass sie womöglich an ihren Programmatiken arbeiten müssen – was sie

ja tun –, dann ist das ein Hinweis darauf, dass es genau um Argumentationsstrukturen geht. Ich habe es doch im Vortrag ziemlich deutlich gesagt: Es geht genau darum, Argumente dafür zu entwickeln; festzustellen, dass diese einfachen Lösungen nicht funktionieren, sondern dass wir gerade diese Foren brauchen, in denen wir in der Lage sind, mit diesen unterschiedlichen Perspektiven umzugehen. Da haben Sie mich ganz missverstanden. Ich würde auch tatsächlich den Optimismus verbreiten und sagen: Trotz der Krisendiagnosen, die wir haben, geht diese Gesellschaft interessanterweise weiter. Es ist keineswegs so, dass Strukturen zusammenbrechen. Ihr Hinweis auf Ostdeutschland, sozusagen die Belastungsgeschichten, und, Herr Oberreuter, Ihr Hinweis, wie stark sich alles verändert hat – es ist doch ganz erstaunlich, was für eine Kontinuität, auch bei gesellschaftlichen und demografischen Strukturen, auch in Ostdeutschland, weiterhin stattgefunden hat – das ist doch eigentlich das, worüber man sich wundern müsste: Wie stabil die Dinge tatsächlich trotzdem bleiben. Vielleicht überschätzen wir bisweilen diese Protestgeschichten. Ich würde auch sagen, jeder hat das Recht, diese Proteste zu machen, jeder hat das Recht, sie zu kommentieren, jeder hat auch das Recht, sie totzuschweigen. Das Spannende ist doch, dass wir uns auch an diese Geschichten gewöhnen: Eine Meldung, dass Pegida gelaufen ist, ist inzwischen keine Meldung mehr, weil wir das schon kennen. Das sind doch die ganz normalen Prozesse einer Mediendemokratie, bei denen der Überraschungswert von bestimmten Dingen dann auch sinkt. Und viele der Orientierungen, die man in Interviews und auch in Gesprächen mit Teilnehmern von Pegida feststellt – ich habe das auch in den unmittelbaren Anschauungen mit diesem Verleger festgestellt – das Spannende besteht tatsächlich darin, dass das Angesprochenwerden dazu führt, dass die Leute auf einmal Sätze sagen müssen, auf die sie vorher gar nicht gekommen wären. Das ist das Spannende an der Kommunikation, dass wir nicht einfach Argumente austauschen, die schon da sind, sondern die Gelegenheit produziert ja erst das Argument, auf das ich nicht gekommen wäre, wenn mich nicht jemand gefragt hätte. – Taugt das als Schlusswort?

Prof. Dr. Ursula Münch: Ein klein wenig optimistischer. Da ist vor allem der Wunsch nach dem Schluss und weniger nach dem Wort der Vater des Gedankens. Bevor wir zum Schluss kommen, machen wir etwas Ungewöhnliches. Normalerweise sage ich an dieser Stelle – das tue ich auch heute – den Dank, aber heute folgt noch etwas anderes. Sie bleiben, Sie haben sich heute schon in Geduld bewiesen und tun es bitte weiterhin. Sie bleiben bitte noch sitzen, weil wir noch zwei Musikstücke – eins zumindest, vielleicht gibt es auch noch eine Zugabe – haben werden, und das wollen wir nicht verpassen. Zunächst bedanke ich mich aber bei Professor Nassehi für den Vortrag und für die Teilnahme an der Diskussion. Bei Ihnen, Herr Richter, für Ihre offenen Worte, für Ihr Kommen aus Dresden

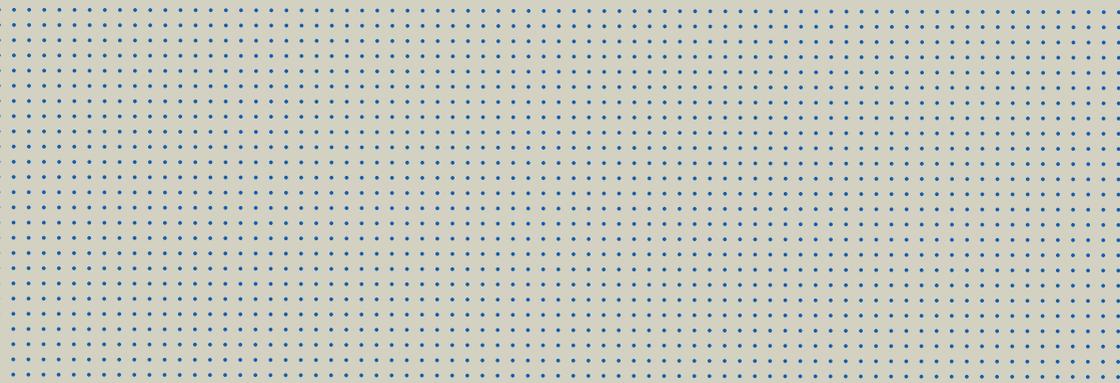
– ganz herzlichen Dank. Herr Oberreuter, nicht nur für die Akademiegespräche, sondern auch fürs heutige Dabeisein, und bei Ihnen, Frau Präsidentin und beim ganzen Landtag, für Ihre Gastgeberrolle wieder heute Abend, dafür, dass Sie uns jetzt anschließend nach der Musik zum Empfang einladen, ganz herzlichen Dank dafür. Wir verlassen jetzt das Podium, denn wir wollen nicht singen und wir hören alle zu. – Ganz herzlichen Dank!



Johann Böhm, Präsident des Bayerischen Landtags a.D. | Prof. Dr. Armin Nassehi, LMU München | Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing | Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags | Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung | Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter, ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing



Das Vokalensemble „Stimmband“ begleitete den Abend musikalisch.



Herausgeber

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1

82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag

Maximilianeum

Max-Planck-Straße 1

81675 München

www.bayern.landtag.de